

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Babian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Wankusch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 47, Fernspr. 1667. Redaktion und Druckerei: W. Wittig, u. Fernspr. für Redaktion 1704, für Druckerei 981.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf., per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf., bei den Postämtern 2.25 Mk. 25 Pf., vierteljährlich. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Subskriptionsgebühr: die sechsseitige Beilage 15 Pf., einwärts 25 Pf., im Restpostamt Beile 60 Pf., Post-Zettungsliste Seite 300

Nr. 117.

Magdeburg, Dienstag den 22. Mai 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten, einschließlich des Romans „Die Kommune“.

Patriotensteuer.

Mit dem landläufigen Patriotismus des deutschen Bürgertums und seiner politischen Vertreter erlebt man von Tag zu Tag seltsamere Dinge.

Bis vor kurzem bestand doch ziemlich unbestritten die Meinung, es sei patriotisch, zu tun, was dem Vaterlande nützlich sei, und es sei insbesondere die patriotische Pflicht der Gesetzgeber, dem Vaterlande die besten Gesetze zu geben. Jetzt aber, in den letzten Tagen des Kampfes um die Reichsfinanzreform, hat man von allen bürgerlichen Seiten wiederholt versichert gehört, sie sänden ja die vorgeschlagenen Bran-, Zigaretten-, Fahrkartensteuern, die Verteuerung des Postportos im Ortsverkehr bedenklich — aus „patriotischen Gründen aber“ stimmten sie dafür. Die „vaterlandslosen Gesellen“ haben mit gewohnter Nachsicht gegen alle diese selbst von ihren Erfindern als schlecht anerkannten Gesetze gestimmt, die Patrioten aber schimpften dagegen und stimmten dafür. So hat Graf Kanitz — er ist nur ein Beispiel für viele — am Sonnabend bei der Beratung der Fahrkartensteuer erklärt, je mehr er sich die Sache überlegt habe, desto größer seien seine Bedenken geworden, trotzdem stimmte er für sie aus — Patriotismus. Somit ist es klar, daß die alte Begriffsverklärung des Patriotismus unzutreffend geworden ist: den patriotischen Abgeordneten erkennt man daran, daß er schlechten Gesetzen zustimmt. Und je schlechter diese Gesetze sind, je größer die „Bedenken“, die er zu überwinden hat, desto größer ist sein Patriotismus.

Wir werden nun vom 1. Juli resp. vom 1. August an die Segnungen dieses Patriotismus kennen lernen; den Sozialdemokraten, den einzelnen Genossen im Lande wird sich damit eine unerlöschliche neue Quelle der Agitation eröffnen. Es wird im Reiche kein Haus und keinen Tisch geben, wo man nicht über die merkwürdigen Wirkungen der neuesten Reichstagsbeschlüsse diskutieren wird, und es wird keine große Ueberredungskunst dazu gehören, den Leuten begreiflich zu machen, daß sie alles neue Steuer-Ungemach den „patriotischen“ Parteien der Rechten, des Zentrums und den Nationalliberalen zu verdanken haben. Die nationalliberale „National-Zeitung“, die zum Abschluß der großen Affäre mächtig in die patriotische Palauze stößt, erklärt stolz, „daß der Reichstag in dieser ganzen Aktion eigentlich doch sich selbst Führer gewesen ist“. Das ist vollkommen richtig. Die Mißwirtschaft der Parteien, die heute noch die Mehrheit des Reichstags bilden, trägt die Schuld daran, daß wir statt der großzügigen, einheitlichen Finanzreform, für die die Sozialdemokratie kämpfte, und die nur die stärksten Schultern, diese aber ausgiebig, belasten sollte, ein elendes Stück- und Flickwerk, ein widerspruchsvolles System von Verärgerungssteuern bekommen haben, das den Verkehr und den Verbrauch verteuert und breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung mit der Arbeitslosigkeit bedroht.

Unsre Gegner sagen, die Sozialdemokratie könne nur zerstören. Auch das Zerstören kann unter Umständen eine nützliche Beschäftigung sein! Wäre es der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag gelungen, was ihr bei ihrer gegenwärtigen noch zu geringen Stärke leider nicht gelingen konnte — die unheimlichen Steuerpläne der Patrioten in Grund und Boden zu zerstören, sie hätten mit dieser Zerstörerarbeit höchlichst zufrieden sein dürfen. Aber die sozialdemokratische Fraktion hat sich gar nicht auf den Standpunkt der „starken Verneinung“, des „bloßen Zerstörens“ gestellt: sie hat vielmehr ein höchst fruchtbares, schöpferisches Finanzreformprojekt entwickelt, das in der dreifachen Forderung der Reichseinkommensteuer, der Reichserbschaftsteuer und Reichsvermögenssteuer gipfelte. Nicht der Verbrauch der beschlossenen Massen, sondern die Meißnervermögen und Meißner-einkommen der Reichen sollten die Last tragen. Der Vorschlag wurde aber von den Patrioten nicht patriotisch genug befunden: zur Reichseinkommensteuer wurde nur durch die Lantiensteuer ein erster, bescheidener Aufschlag geschaffen, die Reichserbschaftsteuer blieb unausgeschöpft, da man die Besteuerung der direkten Linie, wie sie in England, Frankreich, der Schweiz besteht, unterließ, und sich mit ebensoviele Dutzenden von Steuermillionen begnügte, als man nach dem Vorbilde des Auslandes Hunderte hätte schöpfen können.

Die Einführung der drei großen Reichssteuern, der Steuern auf den Reichtum, hätte aber auch darum den Zwecken der Finanzreform am besten gedient, weil diese Steuern den großen Vorzug der weitesten Elastizität besitzen. Wenn man nach englischem Vorbilde diese Steuern

so gestaltet hätte, daß sie zu Zeiten größeren Bedarfs erhöht werden könnten, so hätten sie dauernde Abhilfe gegen künftige Reichsfinanznöte geboten, die die jetzt geschaffene Finanzreform der „Patrioten“ keineswegs bietet. Die jetzt beschlossenen Steuern sind nicht im mindesten mehr ausdehnungsfähig; das Volk wird schwerlich Geduld genug besitzen, die Mädelereien dieser Steuern in erhöhtem Maße nochmals über sich ergehen zu lassen. In wenigen Jahren wird das Reich wieder dort stehen, wo es vor dieser „großen“ Finanzreform gestanden hatte.

Allerdings — wären die Vorschläge der Sozialdemokratie diesmal schon durchgedrungen, und müßten die besitzenden Klassen heute schon damit rechnen, daß die Vermehrung der Reichslasten allemal ihre eigenen Schultern vorzulage, die wieder alles umwirft, was vor kurzem noch als „feststehender Plan“ und als „vollkommen ausreichend“ galt, so würde sich von der Mehrheit des Reichstags angenommen werden. Die Durchführung dieser Plottenvorlage wird aber weit größere Mittel erfordern, als sie jetzt durch die Reichsfinanzreform erschlossen worden sind; auf Defizit und Schulden bleibt noch wie vor das Reichssteuer gestützt!

Und das alles ist „patriotisch“, so patriotisch, wie die patriotische Preile, von der uns „Gott befreien“ soll. Diese patriotischen Abgeordneten, diese Mißregierer aus sogenannter Vaterlandsliebe — Volk, befreie dich von ihnen! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 21. Mai 1906.

Nationalliberaler Bierwarr.

Fast die ganze nationalliberale Presse hat den Reichs-Steuerprojekten, soweit sie eine Belastung der Industrie und des Verkehrs herbeizuführen geeignet sind, von Anfang an scharfen Widerstand geleistet. Vor einigen Tagen noch hat die „Nürnberger Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in der sie den Antrag Becker betr. Fahrkartensteuer als eine „bedauerliche und rückwärtliche Entstellung“ der Regierungsentwürfe lebhaft anfeindet.

Wie hat sich nun die nationalliberale Fraktion im Reichstage verhalten? Da die parlamentarischen Vertreter doch die Volkstheorie des Volkswillens, wenigstens aber des Parteiwillens sein sollen, so müßte man annehmen, daß die nationalliberalen Abgeordneten vollzählig gegen die industrie- und verkehrschädlichen Steuern gestimmt hätten. Aber bei den Nationalliberalen ist alles möglich und das Unmögliche ist das Wahrscheinlichste. Und so ist denn jetztzustellen, daß gerade die Nationalliberalen eifrig mitgewirkt haben an dem Zustandekommen des reaktionären Steuerwindels, zum Schaden von Industrie und Verkehr.

Die amtlichen stenographischen Berichte über die zweite Lesung der Steuerentwürfe im Reichstage liegen nunmehr samt den Listen über die namentlichen Abstimmungen vollzählig vor. Man kann jetzt also genau ersehen, welches die Abgeordneten sind, die für die industrie- und verkehrschädlichen Steuern ihr Votum abgegeben haben. Danach haben für den § 2a Absatz 1 des Bransteuergesetzes, also für den erhöhten Steuerzins, gestimmt die nationalliberalen Abgeordneten Bartling, Wasserbaum, Beck-Heidelberg, Dr. Becker-Heffen, Dr. Beumer, Dr. Völtger, Volk, Buchsieb, Büßing, Deyken, Guenter, Hagemann, Hagen, Hausmann-Hannover, Held, Dr. Sieber, Hofang, v. Kaufmann, Krämer, Lehmann, Leineweber, Lichtenberger, Dr. Lucas, Mattfen, Müller-Baden, Reumer, Graf v. Oriola, Ortel, Dr. Paasche, Pabig, Rimpau, Schellhorn, Schlumberger, Schmidt-Wanzleben, Schmidt-Kaiferslautern, Dr. Semler, Westermann. — Gegen das Zigarettensteuergesetz stimmten nur die Abgeordneten Guenter und Dr. Wallau.

Für die Fahrkartensteuer stimmten die Abgeordneten Dr. Värwinkel, Bartling, Wasserbaum, Beck-Heidelberg, Dr. Becker-Heffen, Dr. Beumer, Dr. Blankenhorn, Dr. Völtger, Volk, Buchsieb, Büßing, Haas-Darmstadt, Hagemann, Hagen, Hausmann-Hannover, Held, Seyligensstädt, Dr. Sieber, Horn-Goslar, Hofang, v. Kaufmann, Krämer, Lehmann, Leineweber, Lichtenberger, Dr. Lucas, Mattfen, Müller-Baden, Reumer, Graf v. Oriola, Ortel, Dr. Paasche, Pabig, Rimpau, Schellhorn, Schlumberger, Schmidt-Wanzleben, Schmidt-Kaiferslautern, Dr. Semler, Westermann. — Gegen das Zigarettensteuergesetz stimmten nur die Abgeordneten Guenter und Dr. Wallau.

Für die Fahrkartensteuer stimmten die Abgeordneten Dr. Värwinkel, Bartling, Wasserbaum, Beck-Heidelberg, Dr. Becker-Heffen, Dr. Beumer, Dr. Blankenhorn,

Dr. Völtger, Volk, Buchsieb, Büßing, Prinz zu Schönau-Carolath, Guenter, Haas-Darmstadt, Hagemann, Hagen, Hausmann-Hannover, Held, Seyligensstädt, Horn-Goslar, Hofang, v. Kaufmann, Krämer, Lehmann, Leineweber, Dr. Lucas, Mattfen, Reumer, Graf Oriola, Ortel, Dr. Paasche, Pabig, Rimpau, Schellhorn, Schlumberger, Schmidt-Wanzleben, Schmidt-Kaiferslautern, Dr. Semler, Dr. Wallau, Wamhoff, Westermann. — Gegen die Fahrkartensteuer stimmten lediglich die Abgeordneten Dr. Sieber, Müller-Baden und Schmidt-Kaiferslautern.

Wie man sieht, hat also das weit überwiegende Gros der Nationalliberalen für die Bransteuer, Zigarettensteuer und Fahrkartensteuer gestimmt. Und nicht nur dies: die Nationalliberalen haben sich besonders eifrig bei der Herstellung der Kompromißanklage beteiligt, auf die sich schließlich die Mehrheit des Reichstags geeinigt hat. Beispielsweise geht der Antrag betreffs der Fahrkartensteuer, der in der zweiten Lesung des Plenums angenommen ist, unter der Firma des Abgeordneten Dr. Becker-Heffen. Daß auch der Abgeordnete Held einer der eifrigsten Steuermacher gewesen ist, weiß man schon aus den Kommissionsberichten.

Die Partei im Lande jammert über die verkehrs- und industrieindischen Steuern — und die von der Partei gewählten Abgeordneten handeln in gerade entgegengesetztem Sinne. Das ist nationalliberal! —

Vos von der Religion.

Für die Befreiung der Volksschule vom Religionsunterricht werden auf dem deutschen Lehrertag, der Pfingsten in München stattfindet, die Hamburger und Bremer Lehrer eintreten. Der Referent für die Frage des Religionsunterrichts, Oberlehrer Gärtner-Nürnberg, wird, wie er angekündigt hat, für die Simultanfakultät mit getrenntem konfessionellem Religionsunterricht eintreten. Die Hamburger und Bremer Lehrer hatten das für eine Halbheit, ihre Delegierten werden die Thesen des Referenten deshalb entschieden ablehnen und folgende neue Thesen, die in gemeinsamen Verhandlungen zwischen den Bremer und Hamburger Lehrern vereinbart sind, einbringen:

1. Der Gedanke der nationalen Staatschule verlangt, daß alle Schulen nach einheitlichen Grundzügen und in einheitlichem Geiste eingerichtet und geleitet werden.

2. Dieser einheitliche Geist kann nicht durch die Lehmeinungen der verschiedenen Religionsgemeinschaften (Konfessionen) bestimmt werden; denn diese Lehmeinungen bilden vielmehr eine Quelle und einen Ausgangspunkt der Trennung und Zersplitterung im deutschen Geistesleben; auch werden sie von weiten Kreisen der Bevölkerung nicht mehr geteilt.

3. Deshalb kann weder die Konfessionsschule noch die Simultanfakultät unsern Ansprüchen genügen. Denn beide setzen einen Anspruch und ein Mitbestimmungsrecht der Konfessionen auf die öffentliche Schule voraus und sind nur über die Einschätzung und Befriedigung dieser Ansprüche verschiedener Meinung.

4. Den Ansprüchen der einheitlich eingerichteten Staatschule kann nur die rein weltliche Schule genügen.

Diese erteilt keinen Religionsunterricht. Ihr Vorsteher die wichtige Aufgabe, durch die klaren Stoffe ihres Gesamtunterrichts jene Kräfte des Geistes und des Gemüths lebendig zu machen, durch welche der reisende Mensch seine Weltanschauung und damit auch seinen persönlichen Standpunkt gegenüber den Fragen des religiösen Lebens sich erkämpft.

Die Religionsgeschichte ist als Zweig der Kulturgeschichte ein integrierender Bestandteil des Geschichtsunterrichts.

Um diese freimüthigen Thesen wird es in München natürlich heftige Kämpfe geben, und ihre Annahme ist kaum zu erwarten, denn das Gros der deutschen Lehrerschaft befindet sich, soweit es nicht gar noch in konservativ-orthodoxer Weltanschauung befangen ist, in der Gefolgschaft pießbückerlich-liberaler Auffassung und ist damit zu einer unfruchtbaren Halbheit verdammt. —

Regierung und Scharfmacher.

In Nr. 110 unsres Blattes haben wir Notiz genommen von einer Versammlung des Vereins deutscher Maschinenbauer und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeber-Vereine, die sich bitter darüber beschwerte, daß in Staatsbetrieben die 9stündige Arbeitszeit eingeführt worden sei. Man beschloß, bei dem Ministerium vorstellig zu werden. Das scheint nun geschehen zu sein und auch gefruchtet zu haben. Aus Wilhelmshaven wird nämlich berichtet, daß in den Marinewerftstätten die achtstündige Arbeitszeit, die seit einigen Jahren bestand, beseitigt und die zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt wurde.

Auf Scharfmachers Befehl! —

Die französischen Stichwahlen.

Am gestrigen Sonntag ist von den französischen Wählern gründlich nachgeholt worden, was vor vierzehn Tagen noch veräußert worden mußte. Wurde die Reaktion am 6. Mai gescheitert, so ist sie am 20. Mai vernichtet worden.

Zwischen den Parteien der republikanischen Verteidigung ist für die Stichwahlen ganz von selbst ein neuer Block errichtet worden. Das gemeinsame Interesse veranlaßte eine jede Partei, die benachbarte gegen den Kerikalismus und nationalistischen Ausschritt zu unterstützen. Fraglich war nur, ob die bürgerlichen Wähler der Weisung ihrer Führer, gegen die Reaktion, für die Sozialdemokratie zu stimmen, folgen würden. In Deutschland werden solche Mahnungen, wenn sie überhaupt erlassen werden, befanntlich nicht respektiert; in Frankreich haben sich die bürgerlichen Mittelklassen dagegen ein höheres Maß demokratischer Einsicht gerettet und im allgemeinen der Republik die Treue gehalten auch dort, wo sie sich ihnen in dem Kandidaten der Sozialdemokratie darbot.

Es ist das ersichtlich aus dem folgenden Telegramm, das uns das Depeschembureau Gerold aus Paris vom 21. d. M. übermittelt:

Bei den gestrigen Stichwahlen sind die meisten nationalpolitischen und progressivistischen Kandidaten gescheitert worden. Der Tag hat sich zu einem großen republikanischen Triumph gestaltet. Gewählt wurden u. a. der „gute Richter“ Magnaud gegen den Nationalisten Valli im 10. Pariser Bezirk. Ferner sind gewählt Viviani und Allmann, beide Sozialisten. Unter den geschlagenen Kandidaten befinden sich Auffray, Marchand, Willencube ujm. Es sind gestern insgesamt gewählt worden 3 Nationalisten, 1 Nationalist, 7 Progressivisten, 30 Linksrepublikaner, 55 Radikale, 53 Radikal-„sozialisten“, 31 geeinigte Sozialisten und 6 „unabhängige“ Sozialisten. Beim ersten Wahlgang hatten die Blockparteien 22 Sitze gewonnen, bei der gestrigen Stichwahl weitere 37 Mandate, so daß sich die republikanische Mehrheit um insgesamt 59 Stimmen vermehrt hat.

In Paris fanden keine nennenswerten Zwischenfälle statt. Der „gute Richter“ Magnaud wurde im Triumph nach dem Bahnhof geführt zum Zug nach Chateau-Thierry, wo er Gerichtspräsident ist. In Vigard sowie in Millau (Departement Aveyron) fanden einige Zwischenfälle statt. Die Wahlurnen wurden dort unterschlagen, so daß die Resultate nicht bekanntgegeben werden konnten. Der Zwischenfall in Vigard drohte einen Augenblick lang einen ernststen Charakter anzunehmen. Die Präfektur wurde von einer Bande Kerikaler angegriffen. Die Angreifer waren mit Ketten und Stöcken bewaffnet. Sie stiegen über die Mauer des Präfektur-Gartens und drangen in das Gebäude ein. Ein Genarmiertesoffizier intervenierte rechtzeitig. Er gelang ihm auch, die Unruhestifter zu beschwichtigen. Gegen 10 Uhr abends wurde ein zweiter Versuch, die Präfektur zu erschüttern, seitens der Kerikalen gemacht. Die Haupttür wurde durch Hammerschläge zertrümmert. Genarmen mit geladenen Revolvern drohten, Gebrauch von ihrer Waffe zu machen. Der Präfekt ersuchte telegraphisch um Zusendung von Truppen aus Rimes. Es wurden 100 Mann Infanterie abgejagt.

Ein zweites Telegramm desselben Bureaus gibt nach der „Frankfurter Zeitung“ folgende Zusammenfassung:

Es werden in der künftigen Kammer die einzelnen Parteien in folgender Stärke vertreten sein: Geeinigte Sozialisten 53, unabhängige Sozialisten 19, Radikal-„Sozialisten“ 129, Radikale 115, Demokratische Union 82. Auf die Opposition entfallen 75 Gesandte, 77 Kerikale und 29 Nationalisten. Der Ausgang an zehn Wahlen ist noch nicht bekannt oder politisch zweifelhaft.

Die ehemaligen Blockparteien verfügen in der neuen Kammer über eine kompakte Mehrheit. Die Parteien, die die Trennung der Kirche vom Staat gesetzgeberisch durchgeführt haben, haben durch die Wähler eine glänzende Vertrauensvotum und eine beträchtliche Verstärkung erfahren. Die offenen Reaktionen sind trotz all ihrer geriebeneren Machenschaften, von denen die „Revolution“ am 1. Mai nicht die jüngstgeschickteste war, und trotz all ihrer geheimen Zettelungen auf ein bedeutungsloses Häuflein zusammengeschmolzen, und die mehr oder weniger verkappten Rückschrittler, die sich „Progressivisten“ nennen, sind in den allgemeinen Sturm verdrängt worden. Unter den ersten hat ein Derselbe seinen Sitz einzunehmen müssen, und unter den letzteren wird manche Fierde des Reformismus für die Zukunft vernichtet werden. Das allgemeine Stimmrecht hat sich als ein guter und scharfer Refektor bewährt, der mit der reaktionären Spreu aufgeräumt hat.

Die Radikalen mit ihren 244 Mandaten verfügen über die glatte Majorität, je nachdem, ob sie sich mit der Demokratischen Union oder mit den Sozialdemokraten zusammenschließen. Die ersteren führen ihnen 82, die letzteren 72 Stimmen zu. In dem einen wie in dem andern Falle braucht auf die Rechte oder einzelne Teile in ihr nicht die geringste Rücksicht genommen zu werden. Die Zeit, in der die reaktionären Intriganten Ministerpräsidenten betrieben oder mit hohlen Deklamationen der Kammer ihre Tage und ihre Kraft stahlen, ist vorüber. Für die Leitung der Geschäfte Frankreichs sind sie in einem Maße ausgeschaltet worden, wie das seit der Gründung der dritten Republik noch nicht dagewesen ist.

Neben diesem erfreulichen Ausgang der französischen Wahlen im allgemeinen ist die hohe Verstärkung der sozialdemokratischen Mandate im besonderen von erheblichem Interesse für uns. Zum erstenmal ist, einige Departements und Föderationen abgerechnet, die französische Sozialdemokratie eingetret in den Wahlkampf gezogen, und noch niemals zuvor hat die Partei solche Fortschritte, Eroberungen und Erfolge zu verzeichnen gehabt wie jetzt. Die geeinigte Partei verfügt über 53 Mandate; sie hat somit 20 Sitze gewonnen. Die „unabhängigen“ Sozialisten, das heißt diejenigen, die es noch nicht fertig gebracht haben, die Sonderbündel aufzu-

geben, zählen 10 Vertreter. Zusammen macht das die statistische Zahl von 72 Männern, die so oder so zum Volk der Arbeit stehen und dem internationalen demokratischen Sozialismus sich als parlamentarische Kämpfer zur Verfügung stellen.

Der allgemeine Zug nach links, der die französische Kammerwahl von 1906 auszeichnet, ist der französischen Sozialdemokratie insonderheit gut zustatten gekommen. Es ist kein Zweifel, daß aus ihm die Bestrebungen zur völligen Einigung der Bruderpartei jenseits der Vogesen eine wesentliche Stütze gewinnen werden und daß die eben beendeten Kammerwahlen die letzten waren, die noch einige dissidentische Sozialdemokraten im Felde gesehen haben.

Es riecht nicht.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben: Um die letzte russische Anleihe im Betrage von 1200 Millionen in Frankreich unterzubringen, genügte es nicht, die Kapitalisten, die noch einmal bereit waren, den trachenden Thron des Zaren zu stützen, mit standalbs hohen Profiten zu bedenken. Man mußte auch zu dem — allerdings nicht mehr neuen — Mittel der Bestechung der Presse greifen. Diese Bestechung ist im Lande des Panamastandals schon etwas so Alltägliches geworden, daß kein Mensch darin etwas Besonderes findet. Es wird sich auch kein bürgerliches Blatt über ein solches Vergehen entstellen, denn wir sind allzumal Sünden.

Das „Echo de Paris“ plaudert diesmal aus der Schule, offenbar aus Berger, weil es übergegangen wurde. „Was hat die Presse“, schreibt es zur russischen Anleihe, „von den vielen Millionen gehabt?“ (Die Frage ist köstlich.) „Eine große Zeitung erhielt 100 000 Frank, eine andere 90 000, zwei Zeitungen erhielten je 80 000. Es folgen verschiedene Verteilungen an fünf andre große Blätter, die zwischen 15 000 und 60 000 Frank variieren. Verschiedene periodisch erscheinende Zeitungen, Blätter mit kleiner Auflage, erhielten Summen, die sich stufenweise herabminderten bis auf 50 Frank. Für die Finanzpresse, ausgenommen einige große Vermittlungsstellen, war die Verteilung auch nicht besonders freigebig.“ (Diese Gaunernäivität, die von der geringen Freigebigkeit der „Verteilung“ spricht, ist unerschöpflich.) „Im ganzen betrug die ausgegebene Summe nicht mehr wie 800 000 Frank. Wenn man die Vermittlungsstellen, die Finanzjournale, die periodische und Spezialpresse mitrechnet, gelangt man zu einer Summe von 1 050 000 Frank.“

Nun bemerkt man, daß die Operation nur dank der Presse so glänzend gelang, dank dem Schweigen der einen, der begeisterten (wenn Schmeichler ein Goldstück pro Zeile bekommt, kann er sich sogar noch begeistern) Artikel der andern und der Mischuld aller. Republikanische Journale, konservative, sozialistische (was das „Echo de Paris“ halt „sozialistisch“ nennt), Journale aller Richtungen, aller Auflagen, aller Formate haben sich die Hände gereicht und mit einer rührenden Harmonie für Gott, den Zaren und das Vaterland gearbeitet. „Was aber das Gemeinste ist — immer nach dem „Echo de Paris“ —, das ist nicht, daß die gesamte Presse sich bestechen ließ, daß sie zu dem standalbsen Handel schwieg oder gar „begeisterte“ Artikel für die neuen Blutschunden des Zaren verfaßte, nein, der Gipfel der Niedertracht ist nach dem „Echo de Paris“, daß die Unterhändler der großen Banken an die Presse ungefähr drei Millionen zu verteilen hatten. Aber diese Unterhändler arbeiten nicht nur für Gott, den Zaren und das Vaterland, sie arbeiten auch für sich. Und sie haben zwei Millionen behalten. Man gibt allerdings vor, daß sie nicht den ganzen Kuchen bestielten. Die Großköpfe der Banken hatten hier auch noch ihr Teil — den besten.“

„Darauf also“, sagt das Blatt mit beißendem Spott hinzu, „reklamieren sich die Bestechlichkeit der Journale! Man hat sie bestochen wie in einem Wald, man hat sie betrogen, beraubt, — man hat sie wie Dummköpfe behandelt. — Und das schmerzlichste an der Sache ist, daß man solche Anleihen nicht oft sieht. Mit welcher Ungeduld hat man sie erwartet. . . . Nicht ein Protest, nicht eine falsche Note, angenommen in der „Humanitee“, die den Mut hatte, zu protestieren und die Wahrheit hinauszuweisen.“

Die „Humanitee“ ist das einzige Pariser Tagesblatt, das unter der Parteikontrolle steht und also als sozialistisches Blatt gelten kann. Die gesamte bürgerliche Presse hat sich bestechen lassen. Ueberflüssig zu sagen, daß zu dem Artikel des „Echo de Paris“ die gesamte Presse — die „Humanitee“ natürlich ausgenommen — schweigt. Was ist da auch viel zu sagen?

In Deutschland gibt es eine Presse, die von der Regierung gekauft wird. So ein Blatt nennt sich „Amisblatt“ oder sieht in dem süßen Betrach, ein „offiziöses“ Blatt zu sein. Andre Blätter wieder werden von bestimmten Interessentkreisen ausgehalten und „begeistern“ sich gleichermäße für Panzerschiffe und Buchdruckvorlagen. Die Pariser Blätter nehmen Geld, wo sie welches kriegen können und nennen sich deshalb — „unabhängig“.

Geld stinkt aber nicht. — Jr.

Die russische Revolution.

Die Kriegserklärung.

Am Sonnabend, dem Geburtstag des Zaren, ist die von der Duma verlangte volle Amnestie nicht erfolgt. Auch eine teilweise Befreiung der Eingekerkerten ist vom Zaren nicht angewiesen worden. Noch mehr: der Zar hat sorgfältig vermieden, irgend etwas über die Amnestiefrage verlauten zu lassen.

Das alles steht fest. Darüber hinaus liegen zwei Lesarten vor. Nach der einen hat der Präsident der Duma, Muromzew, am Sonnabend dem Geburtstag des Zaren in Peterhof heimgewohnt, ohne die Beachtung und den Gruß des Zaren gefunden zu haben. Nach der zweiten ist er noch am Sonntag abend ohne jede Nachricht darüber gewesen, ob und wann der Zar ihn zur Ueberreichung des Ultimatus empfangen wolle.

Wir halten die zweite Meldung für die richtige. Einem Muromzew, der da erklärt hat, daß es eine höhere Autorität als die Duma in Rußland nicht gebe, steht es nicht an, nach Peterhof zu fahren und dort des und wehmütig zu warten, ob der Zar von seiner Gegenwart Notiz nehmen wolle oder nicht. Ein Muromzew fühlt sich nicht als gehorhamer Untertan, sondern als selbstbewußter Vertreter des Volkes. Er nimmt an Feiertagen nicht teil, bevor nicht

seine Mission erfüllt ist. Es kann gar keine Rede davon sein, daß Muromzew zwar in Peterhof gewesen sei, aber seine Adresse sein säuberlich gefaltet in der Brusttasche verwahrt gehalten habe.

Nein, der Präsident der Duma war bis zur Stunde noch nicht beim Zaren und wird vorläufig diesen Weg auch noch nicht gehen, wenn das Depeschembureau Gerold gut unterrichtet ist, das uns aus Petersburg vom 21. Mai telegraphiert:

Trepow hat gekickt. Der Zar wird das Duma-Präsidentium nicht empfangen. In Kreisen, die dem Hof nahe stehen, wird berichtet, daß Trepow den Auftrag vom Zaren erhalten habe, die Antwort auf die Adresse der Duma zu verfassen. Die Antwort wird zweifellos die Abneigung des Zaren gegen die Forderungen der Duma dokumentieren. Nur in der Amnestiefrage ist der Zar zu Konzessionen geneigt. Die Amnestie will der Zar jedoch nicht in dem Umfang gewähren, den die Duma als notwendig bezeichnet hat. Die Situation ist jedenfalls sehr ernst. Die Minister werden in der heutigen Sitzung der Duma heftig angegriffen werden, weil sie den Zaren nicht auf die Gefahren aufmerksam gemacht haben, die aus einem Konflikt mit Duma und Volk für die Regierung und die Dynastie erwachsen, und weil sie die Nebenregierung Trepows dulden.

Wenn das richtig ist, was hier gemeldet ist — und ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit spricht für die Richtigkeit — dann bedeutet das nichts mehr und nichts weniger als den Wiederausbruch des Krieges zwischen Volk und Zarismus, den Wiederausbruch der Revolution, aber auf viel breiterer Grundlage, mit wesentlich verstärkter Wucht und mit weit besser organisierter Offensive. Dann bedeutet das weiter, daß die Ratgeber des Zaren sich und die Machtmittel, die dem Zarismus noch zu Gebote stehen, für stark genug halten, um den Krieg im Innern zu wagen. Dann bedeutet das, daß sie gewillt sind, alles auf eine Karte zu setzen, daß sie dem Entweder — oder der Duma ihr Entweder — oder entgegenstellen.

Denn über die Stimmung der Körperschaft, welche das Organ des russischen Volkes ist, kann auch bei dem borniertesten Hofgesinde kein Zweifel obwalten. Selbst der Zar, diese willenlose Drahtpuppe in den Händen der Trepow, Durnowo und der andern Maffeeumbrüder, muß die stählerne Entschlossenheit spüren, mit der alle politisch mündigen Schichten der russischen Bevölkerung dem bisher herrschenden System bürokratischer Willkür entgegengetreten, die Begeisterung, die alle um die Freiheitsrechte des Volkes schart, die grenzenlose Empörung über die Untaten der Gegenrevolution. Als Rächerin und Richterin hat die Duma ihr erstes Amt erfüllt, als Rächerin und Richterin ist sie der Dolmetsch eines Volkes, das, frei und selbstbewußt geworden, für unerhörte Schuld endlich Sühne heischt. Der Ruf nach der Amnestie, das erbarmungslose Urteil über die Mißwirtschaft und die Grausamkeiten der Provinzpaschas tönt und klingt aus dem Herzen des gesamten Volkes. Mit „Konzessionen“ ist da nichts zu wollen, nichts mehr auszurichten, nichts mehr aufzubalten. Die volle Amnestie und die volle Konstitution oder der Kampf aller gegen den Zarismus und die Soldateska, die ihm dann noch treu bleibt. Ein Drittes gibt es nicht.

Der Zar scheint sich entschieden zu haben. Er und die Schurken seiner Verwaltung werden am eignen Leibe zu spüren bekommen, was die Entscheidung kostet. Sie wollen den Krieg — gut, sie werden ihn haben! —

Letzte Nachrichten.

* Petersburg, 21. Mai. Zum Geburtstag des Zaren hat der deutsche Kaiser in einem längeren Telegramm seine Glückwünsche gefandt und sofort den telegraphischen Dank dafür erhalten. Der Tag für die demnächstige Zusammenkunft zwischen beiden soll noch nicht festgestellt sein.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 21. Mai 1906.

Der Jahresbericht der Handelskammer.

I.

Die Handelskammer zu Magdeburg hat soeben ihren Jahresbericht für 1905 herausgegeben. Der Bericht enthält viel des Interessanten. Im allgemeinen Teil wird darauf hingewiesen, daß das Jahr 1905 einen noch stärkeren wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen hat als die beiden vorhergehenden Jahre. Neben andern werden der russisch-japanische Krieg und die konstitutionellen Störungen in Rußland erwähnt als Ereignisse, die von mehr oder minder starkem Einfluß auf Deutschlands Handel und Industrie waren.

Ueber die neuen Handelsverträge, die unsere fürsorgliche agrarische Politik auf dem Gewissen hat, heißt es in dem Bericht, daß sie die landwirtschaftliche Produktion begünstigen, den Fabrikanten den Bezug von Rohstoffen und Halbfabrikaten und den Export erschweren und daß sie ferner den Konsumenten uerläßliche Nachtragsmittel verteueren. Auf den Zolltarif und die Handelsverträge ist auch die besonders günstige Konjunktur des Jahres 1905 zurückzuführen. Leider ist dieser wirtschaftliche Aufschwung durchaus kein gesunder. Er ist einmal darauf zurückzuführen, daß die Interessenten vor Inkrafttreten des Zolltarifs ihren Bedarf an künftig höher belasteten Auslandsprodukten auf längere Zeit im voraus deckten. Und dann wurde der deutsche Export mit Aufträgen überhäuft, weil die ausländischen Interessenten vorher noch möglichst viel von den später höher belasteten deutschen Erzeugnissen zu den alten Sägen ihres Heimattarifs im voraus beziehen wollten. Unter normalen Verhältnissen wären die meisten dieser Geschäfte erst nach dem 1. März — dem Inkrafttreten des Zolltarifs — gemacht worden. Der Bericht der Handelskammer konstatiert als Folge dieser Dreißigstündigkeit im Wirtschaftsleben, daß die Befürchtung, dem auf solche Weise herbeigeführten Aufschwung würden später Er-

schlaffungen in internationalen Landverkehr folgen, leider nur zu sehr begründet sei. Wir können uns also bald auf einen wirtschaftlichen Niedergang gefaßt machen; er wird nicht lange auf sich warten lassen.

Die vielen Steuerperlen, mit denen die Regierung den deutschen Michel belegen will, finden in dem Bericht zum Teil eine recht scharfe Beurteilung. Die Realisierung der Stempelsteuerprojekte auf Quittungen und Frachtkunden würde einseitige Sonderlasten schlimmer Art zur Folge haben, den Absatz erschweren und den Verkehr belästigen und unsicher gestalten, heißt es. Die Handelskammer hofft, daß der Reichstag der Regierung durch dieses Steuerprojekt einen dicken Strich macht.

Zur Beurteilung der inneren wirtschaftlichen Lage verweist der Bericht auch auf die Arbeiterbewegung. Handel und Industrie hätten im letzten Jahre unter Streiks und Aufsperren besonders schwer gelitten. Der lebhafteste Geschäftsgang, der vielseitig empfundene Mangel an tüchtigen Arbeitskräften und die neben der allgemeinen Verteuerung der Subsistenzmittel um so schwerer erträgliche andauernde Steuerlasten hätten die Arbeiter veranlaßt, neben Lohnhöhungen Verzögerung der Arbeitszeit und sonstige Forderungen der Arbeitsbedingungen zu fordern. Die Forderungen der Arbeiter erkennt die Handelskammer als berechtigt an, allerdings nicht unumwunden. Der Bericht besagt nämlich, daß vielen „Gärungen“ durch mehr oder minder weitgehendes Entgegenkommen der Arbeitgeber die Berechtigung entzogen wurde. Die Kammer hat doch selber triftige Gründe genug ins Feld geführt für die Berechtigung der Arbeiterforderungen, so daß sie sich wohl zu einer etwas deutlicheren Anerkennung hätte emporkämpfen können. Aber den Unternehmern soll die Geschichte doch auch einigermaßen mündgerecht gemacht werden.

Auf die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins, die morgen, Dienstag, abend in Magdeburg-Süd bei Anton Eichtefeld, Knochenhauerufer 27/28, Magdeburg-Nord bei Böhm, Wilhelmstadt im „Luisenpark“, Neue Neustadt im „Weißen Firsck“ und Alte Neustadt in der „Frone“ stattfinden, sei nochmals hingewiesen. Referenten sind die Genossen Brandes, Weiss, Haupt, Ganning und Misch.

Genossen, protestiert durch zahlreichen Besuch der Versammlungen gegen das Maulkorbgesetz im Stadiparlament!

Achtung, Völkler! Da in der Dessauer von Reikner Söhne in Brandenburg a. N. Lohnunterschieden zwischen den Völkern und der Fabrikleitung ausgebrochen sind, ist der Bezug unter allen Umständen fern zu halten.

Der Streik in der Ballistenschuhfabrik ist am Sonnabend beigelegt. Die Maßregel wurde zurückgenommen, eine Streikbrecherin entlassen und eine, allerdings sehr minimale, Lohn-erhöhung zugesprochen. Als weiterer Erfolg dürfte wohl zu verzeichnen sein, daß Herr Ballin sowohl als auch sein Geschäftsführer, Herr Richter, durch den achtägigen Streik geleitet haben, daß man mit organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen anders als bisher verfahren muß, wenn das Geschäftsinteresse nicht empfindlich geschädigt werden soll.

Angesperrt wurden heute früh 19 Arbeiter der Buckauer Brauerei. Es wurde den Leuten zugemutet, mit einem Arbeitskollegen der Firma Reichardt (Fuhrgeschäft) zusammen Bier auszufahren. Als sie dies ablehnten, wurden sie der Reihe nach einlassen.

Achtung! Mechaniker und Optiker! Bei der Firma Carl Schütz u. Co. in Kassel sind erneut Differenzen ausgebrochen, weil die Firma Lohnhervorhebungen vornehmen wollte, deren Zurückweisung Maßregeln einzelner Kollegen im Gefolge hatte. Die Firma prüft mit ihren vielen Angeboten auswärtiger Kollegen. Wir erwarten, daß vorstehendes in bester Weise beachtet wird.

Der Arbeitsnachweis der hiesigen Metallindustriellen hat seine Tätigkeit vorläufig eingestellt. Er vermittelt seit heute keine Arbeit mehr. Die Maßregel hängt offenbar mit der geplanten Aus- sperrung zusammen.

Das Unternehmertum ist unausgefaßt bemüht, seine Organisationen auszubauen. Im Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt hielt dieser Tage der Generalsekretär Freiherr v. Reischwig vom Arbeitgeberverband Hamburg-Altona einen Agitationsvortrag, in dem er den Beitritt der Umschlags- und Speicherebetriebe zum Arbeitgeberverband zur Herbeiführung wirklich befriedigender Verhältnisse von größter Wichtigkeit bezeichnete. „Ohne Bezug“ müßten alle noch nicht organisierten Unternehmer dem Verbande beitreten. Die Versammlung erklärte sich mit den Bestrebungen des Verbandes einverstanden. Eine Anzahl Firmen meldete sofort ihren Beitritt an. Wie derholt wurde dringen d darauf hingewiesen, die Unternehmerorganisationen zu stärken. Arbeiter, die Unternehmer rufen sich! Gehet hin und tut desgleichen, damit ihr gewappnet seid für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die uns aller Voraussicht nach bevorstehen.

Herrn Fierings ungeschickte Entlassungsscheine. In der Sitzung des Gewerbegerichts vom 14. Mai klagten 16 Arbeiter der Firma Fiering auf eine Lohnentziehung, weil sie angaben, daß sie auf Grund der von Herrn Fiering ausgestellten Entlassungsscheine keine Beschäftigung gefunden hätten. Die Kläger wurden damals beauftragt, Zeugen dafür beizubringen, daß sie lediglich durch die gestrichelten Entlassungsscheine eine Einbuße erlitten hätten. Von den Klägern erschienen heute vor dem Gewerbegericht die Arbeiter Troze und Pieper und als Zeuge der Mauerpoller Jhlebusch. Dieser erklärt, daß er einige Leute mit den nichtordnungsgemäßen Entlassungsscheinen zunächst abgemessen, als sie aber später mit ordnungsmäßigen Krankentassenscheinen erschienen seien, eingestellt hätte. Nur die letzteren hätten für ihn Wert, die Entlassungsscheine weniger. Wenn Troze und Pieper mit Krankentassenscheinen gekommen wären und er, Zeuge, hätte noch Arbeiter gebraucht, dann hätte er sie auch eingestellt.

Nach längerer Beratung werden die beiden Kläger vom Gericht mit ihren Ansprüchen kostenpflichtig abgewiesen. Die von Herrn Fiering ausgesetzten Entlassungsscheine entziehen allerdings in beiden Fällen den gesetzlichen Vorschriften nicht. Diese Scheine seien geeignet, den Inhabern derselben die Erlangung von Arbeit zu erschweren. Da aber durch die Aussagen des Zeugen Jhlebusch nachgewiesen sei, daß dieser fünf bis sechs Fierings Arbeiter angenommen hat, die lediglich ihre Krankentassenscheine vorzeigten, die Kläger aber weitere Beweise für eine Schädigung nicht beibringen können, mußte die Abweisung erfolgen.

Die Handelskammer hat am Sonnabend ihr Heim am Altemarkt, das ehemalige Seidenkammer, Zimmungshaus, das von 1904 bis 1906 einem Erweiterungs- und Erneuerungsbau unterzogen wurde, eingeweiht. Zu der Einweihung waren auch der preussische Handelsminister Delbrück und eine Anzahl seiner Räte aus Berlin erschienen.

Neben den unausbleiblichen Knopfloch-Dezorationen gab es auch eine Anzahl ebenso unvermeidlicher Reden. Von den Ausführungen der Redner interessieren uns nur die unseres Stadtoberverordneten, Vorstehers, Herr Kommerzienrat Frihe, jeden einzelnen Satz zu be- greifen. Den Willkommen an den Polizeipräsidenten von Magdeburg sagte er die Worte an, daß die Bürger Magdeburgs anerkennen müßten, daß Graf Hansdorff an einem kritischen Tage die Ruhe hielte, als in unruhigeren Zeiten die Weisheit zu bewahren verlangt habe. Mit dem kritischen Tage ist der rote Sonntag gemeint. Da gibt es nun aber, entgegen der Ansicht des Herrn Frihe, sehr viele Bürger Magdeburgs, die es nicht als ein Verdienst der Polizei und ihres Präsidenten ansehen, daß an diesem Tage die Ruhe nicht gestört wurde. Diese Bürger führen es vielmehr darauf zurück, daß von niemand Ruhestörungen beabsichtigt waren. Sie gehen sogar noch weiter und meinen, daß erst durch die Vorbereitungen der Polizei die Gefahr ernstlicher Unruhen heraufbeschworen wurde. Wenn es bei der bloßen Gefahr bliebe, so ist das ausschließlich der Duldung der Tausende Bürger Magdeburgs zu danken, die an jenem Tage gegen das Dreiklassenrecht demonstrierten.

Herr Frihe gedachte in seiner Rede auch des Oberbürgermeisters Schneider. Er freute sich, daß Herr Schneider den Magdeburgern als Mitsieger erhalten bliebe und daß er den Herren vom Handel noch näher rüde, indem er benachteiligt eine hervorragende Stellung in einem tiefen großen Versicherungsinstitut besitze und somit einer der vortrefflichen Bürger Magdeburgs sei. Am 9 Juni findet die Generalversammlung der „Wittelsma“ statt, in der Herr Schneider die „hervorragende“ und einträgliche Stellung als Aufsichtsratsmitglied übertragen werden wird.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet am Mittwoch der nächsten Woche statt. Zur Beratung sind 19 Gegenstände vorgesehen, darunter eine Vorlage über Erweiterung des Westfriedhofs und die Mittelung des Magistrats in der Angelegenheit Victorios.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Freitag abend um 10 Uhr auf der Chaussee nach Elbeu in der Nähe von Wolmirstedt. Dort fuhr ein mit fünf Herren besetztes Automobil aus Magdeburg-Neustadt in der Dunkelheit so heftig gegen einen in der Richtung nach Elbeu fahrenden, mit zwei Pferden bespannten Last- wagen, daß die Weiche desselben einem der Insassen, einem Betriebs- leiter Dr. Willmer aus der Neustadt, in die Brust drang. Die übrigen Insassen erlitten durch das Herausschleudern aus dem Auto ebenfalls mehr oder minder schwere Verletzungen. Einer der Pferde wurde so zugerichtet, daß es an Ort und Stelle abgestochen werden mußte. Dr. W. ist noch in der Nacht zum Sonnabend im Kreis- krankenhause zu Wolmirstedt an den erlittenen schweren Verletzungen verstorben. Durch den Zusammenstoß explodierte der Benzintank des Automobils, wobei dieses selbst in Trümmer ging. Wenn die Schuld an diesem schrecklichen Unfall trifft, wird jedenfalls die eingehendste Untersuchung ergeben.

Unfall. Der Arbeiter Albert Maede aus Eudenburg ist am Sonnabend in der Fabrik von C. L. Strube (Nittien-Gesellschaft) mit der linken Hand zwischen zwei Walzen geraten, wobei ihm zwei Finger abgequetscht wurden. Der Verunglückte wurde dem Eudenburg- Krankenhaus überwiesen.

Unfälle. Der 31 jährige Eisenbahnarbeiter Friedrich Wendt erhielt am Sonnabend nachmittag beim Schienenverladen auf dem Hauptbahnhof durch einen Hebebaum einen so starken Schlag an dem Kopf, daß er einen Unterkieferbruch erlitt. Der Verletzte fand Auf- nahme im allstädtischen Krankenhaus. Dort hin wurde auch der 19- jährige Eisendreher Kurt Ninken gebracht, dem in den Grabe- Motor- werken in der Steinluisenstraße am Sonnabend eine Eisenwalze auf das Bein gefallen war, so daß dieses gebrochen wurde.

Entgeißelt ist am Sonntag abend kurz vor 12 Uhr an der Endstelle in der Friedrichstadt bei „Stadt Loburg“ ein Motorwagen der Straßenbahnlinie 3. Da sich der entgeißelte Wagen ziemlich tief in das lose Gebüsch einbohrte, wurden die Gehwegbesuche sehr erschwert.

Zimmerbrand. Am Sonnabend abend um 9 Uhr entstand in der vierten Etage des Hauses Roggäckerstraße 17 durch Herunterreißen einer brennenden Petroleumlampe durch spielende Kinder ein Zimmer- brand, der in kurzer Zeit von einem zu Hilfe gerufenen Feuerwehrmann gelöscht wurde.

Das große Los der preussischen Lotterie ist nach Steele, einer kleinen Stadt an der Ruhr, gefallen. Der Gewinn fiel auf die Nummer 246 746. Von dem Glückstos wurde ein Viertel von einem Wirt in Essen, ein Viertel von einem Schmied in Düsseldorf, je ein Viertel von einem Milchhauer und einem Bergmann, beide in Kellinghausen, und ein Viertel von einem Tischler in Helsen gespielt.

Victoria-Theater. Die Serenissima-Vorstellungen sind auf unser Publikum fordernde Zugkraft an. Für die nächsten Abende hat die Direktion Herrn Opernführer Rittmann aus Bern ge- wonnen. Der Künstler wird bereits am Dienstag im „Versprechen hinterm Herd“ als Loisl auftreten und die Gesang- Einlage „Mei- dalketer Dua“ zu Gehör bringen.

Der Sozialdemokratische Verein ist ein geschlossener Verein.

Zu diesem Wahrspruch kam, wie wir bereits in der Sonntags- nummer mitteilten, am Sonnabend die Berufungskammer des Land- gerichtes hier. Am Sonnabend den 2. Dezember v. J. hielt bekanntlich der Sozialdemokratische Verein im „Luisenpark“ ein Vereinsbesuch ab, das bis gegen 5 Uhr morgens dauerte. Eine polizeiliche Erlaubnis wurde vom Genossen Danka nicht eingeholt, weil er wußte, daß der Verein zu einem geschlossenen Vergnügen einer solchen nicht bedürfte. Die Polizei war aber anderer Meinung. Sie ließ ein Strafmandat in Höhe von 10 Mk. zugehen, weil er ein öffentliches Vergnügen ohne polizeiliche Erlaubnis abgehalten habe. Nebenher sollte L. auch gegen eine Polizei- verordnung vom Jahre 1896, die Sonntagsruhe betreffend, verstoßen haben. Genosse L. erhob nachträglich Widerspruch, weshalb sich das Schöffengericht in seiner Sitzung vom 13. März v. J. mit dieser An- gelegenheit zu befassen hatte. Dieses sprach den Angeklagten frei, weil es den Sozialdemokratischen Verein als eine geschlossene Gesellschaft betrachtete, der deshalb nicht nötig hätte, zu seinen Vergnügungen die Erlaubnis der Polizei einzubohlen. Wegen dieses freisprechenden Urteils hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

In der Verhandlung vor dem Landgericht wurde zunächst vom Angeklagten erklärt, daß nur Mitglieder zu dem Vergnügen Zutritt gehabt hätten, daß an der Eingangstür daraufhin eine Kontrolle statt- gefunden und daß er deshalb die Einholung einer Erlaubnis für nicht nötig gehalten habe, da er den Verein für eine durchaus geschlossene Gesellschaft halte.

Nach Verlesung der Vereinsstatuten durch den Vorsitzenden wird der Zeuge Kriminalkommissar Schöne aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob Tatsachen vorliegen, aus denen zu ersehen sei, daß der Verein als ein geschlossener nicht angesehen werden könnte. Zeuge fährt zunächst die rapide Zunahme der Mitglieder des Vereins an und glaubt, gestützt auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, daraus den Nachweis zu erbringen, daß die Mitglieder nur in einem sehr losen Zusammenhange miteinander stehen. Irrendwellige Schwierig- keiten für Neueintretende beständen ebenfalls nicht. Nur Frauen, Schüler und Lehrlinge seien ausgeschlossen. Eine Altersgrenze sei ebenfalls nicht vorhanden, und wer anderswo seine Schuldigkeit getan als Genosse habe, würde anstandslos in den Verein ohne Eintrittsgeld zu zahlen aufgenommen. Zu bedenken sei, daß der Verein kein Gebilde aus eigener Entschließung einer Anzahl von Personen sei, sondern daß laut Organisationsstatut der Gesamtpartei gewissermaßen jeder Sozial- demokrat gezwungen ist, sich den örtlichen Organisationen anzugliedern. Wenn seitens der Verteidigung in der Vorinstanz angeführt worden sei, die Organisation sei eine frumme, so müsse dies bezweifelt werden, denn in den meisten Mitglieder- Versammlungen, in der Altstadt sowohl wie in den Vororten, seien höchstens 17, 18, auch wohl einmal 20 Personen und einige mehr anwesend. Zeuge entnimmt diese Zahlen den Polizeiberichten.

Selbst in der Generalversammlung des Vereins fanden sich bei einer Gesamtmitgliederzahl von rund 2800 im Höchstfall 200 bis 260 Personen ein. Ob außer den Mitgliedern andre Personen Zutritt haben, vermag Zeuge nicht zu bekunden, auch nicht, wie es bei den Ver- gnügungen der Freigezworene hergeht, da er nur in der politischen Abteilung der Polizei arbeite.

Auf Verlangen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er zu diesen Vergnügungen noch niemals um Erlaubnis nachgehakt habe. Zeuge schneidet ab, daß es möglich sei, daß schon der- artige Vergnügungen ohne polizeiliche Erlaubnis stattgefunden haben. Auf die Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Dandberg, an den Zeugen, wie es die Polizei bei den Vergnügungen halte, die die Freisinnige Volkspartei veranstaltete, vermag der Zeuge nichts zu bekunden. Der Verteidiger teilt mit, daß in einem analogen Falle der Metallarbeiterverband, der weit über doppelt soviel Mitglieder zählte als der angeprochene Verein, vom Landgericht trotzdem als ein geschlossener Verein angesehen worden sei. Zeuge schneidet ab, weil er sich zu jener Zeit noch nicht bei der politischen Ab- teilung befunden habe.

Da der Vorsitzende Bedenken gegen den nur aus drei Personen bestehenden Vorstand als Aufsichtsbekörbe eines so großen Vereins hat, teilt der Verteidiger mit, daß bei besonderen Umständen der aus acht Personen bestehende Ausschuss sowie die Preschmission dem Vor- stand zur Seite ständen. Die Einladung zu den Versammlungen erfolgt auf Grund einer kleinen Zellungsnotiz, die von vielen übersehen und nicht gelesen werde. Wenn aber die Mitglieder erst wissen, welchen Wert das Polizeipräsidium auf den Besuch der Versammlungen legt, dann werden sie sicher zahlreicher erscheinen. Damit wird die Beweiss- aufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt meint, daß der Angeklagte zu bestrafen ist. Gründe: 1. die Mitgliederzahl sei eine sehr große; 2. der Zutritt ist an ganz unbedeutende Voraussetzungen geknüpft; 3. im Statut ist nicht angegeben, wieviel Personen abzustimmen haben, um eine Sache zu einem Beschluß zu erheben; 4. der Versammlungsbesuch ist im Ver- hältnis zur Mitgliederzahl ein sehr minimaler; 5. der in Frage stehende Verein ist nicht ein eigentliches Verein, sondern nur ein Vereinsgebilde, das aus den diversen Bezirksgruppen zusammengefaßt ist, die als solche je einen Verein für sich bilden. Verantragt wird deshalb, der Berufung der Staatsanwaltschaft stattzugeben und den Angeklagten mit 10 Mk. ev. 2 Tagen Haft zu bestrafen.

Verteidiger Rechtsanwalt Dandberg: Die Behauptung des Angeklagten, daß an dem Vergnügen nur Mitglieder des Vereins teil- genommen haben, ist nicht widerlegt worden. Die Frage, mit der sich das Gericht zu befassen hat, ist daher nur, ob der Verein noch eine geschlossene Gesellschaft ist. Ist er das, so bedürfen seine Vergnügungen nicht der Genehmigung. Die Frage ist zu bejahen. Die Organisation des Vereins ist kraft. Man sieht sich nur die Bestimmungen über Aufnahme von Mitgliedern in den Verein an. Es gibt eine ganze Anzahl von Vereinen, bei denen man nur die Absicht zu äußern braucht, Mitglied zu werden, um als solches betrachtet zu werden. Hier hat zunächst der Vereinsvorstand über die Aufnahme zu befinden. Ferner aber haben die einzelnen Bezirke des Vereins das Recht, die Streichung eines vom Vorstand aufgenommenen Mitgliedes zu verlangen. Die Aufsicht über den Verein sührt der Vorstand, der darin noch von den Bezirksleitern, einem Ausschuss und der Preschmission unterstützt wird. Wohl sind die einzelnen Bezirke für sich organisiert, aber sie gehören doch zum Ganzen und sind unter diesem Namen. Während andre Vereine pro Jahr nur eine Generalversammlung abhalten, hält dieser Verein zwei ab, lediglich um der strenger Organisation willen. Der Schwere Beweis der Versammlungen beweist gar nichts. Um einen festen, dauernden Zusammenhange zur Erreichung gemeinsamer Ziele durchzuführen — und das ist doch der Zweck des Vereins — braucht man nicht unter allen Umständen jede Versammlung zu besuchen. Die Zahl der Vereinsmitglieder soll zu groß sein, als daß man von einer geschlossenen Gesellschaft reden könnte. Die hierorts bestehende Organi- sation der Metallarbeiter habe das Verlaufe an Mitgliedern wie der Sozialdemokratische Verein. Die Eintrittsbedingungen sind dort nicht strenger als hier. Trotzdem hat seiner Zeit die Strafkammer diese Organisation als eine geschlossene Gesellschaft angesehen. Der Staats- anwalt spricht dem Verein ferner den Charakter einer solchen Gesellschaft ab, weil die persönlichen Beziehungen der Mitglieder untereinander sehr locker seien. Auch dies ist nicht richtig. Die Mitglieder treffen sich in den ver- schiedenen Versammlungen; sie arbeiten zusammen in den Fabriken; sie kennen sich aus den Wirtschaften, die lediglich von den organisierten Arbeitern besucht werden. Uebrigens brauchen aber persönliche Beziehungen unter den Mitgliedern eines Vereins gar nicht zu bestehen, damit als geschlossene Gesellschaft anzusehen ist. Nach einer Entscheidung des Kammergerichts hat eine Vereinigung schon dann den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft, wenn ihre Mitglieder, auch ohne persönliche Beziehungen zu unterhalten, zum Zweck der Erreichung gemeinsamer Ziele, einen festen, dauernden Zusammenhange durchführen. Dies ist bei dem Sozialdemokratischen Verein der Fall. Es wird gesagt, daß ihm jede beliebige Person beitreten könne. Aufgenommen wird aber nur, wer sich zu den Grundsatzen der Partei bekennt. Die niedrigen Eintritts- resp. Beitragsgebühren sind ferner als Beweis für die Leichtfertigkeit der Erwerbung der Mitgliedschaft angeführt worden. Der Zweck des Vereins ist aber doch nicht, die Mitglieder zu ruinieren, sondern die Lage derselben zu heben. Ein Jahresbeitrag von 3,60 Mk. ist auch immerhin eine Summe, die nicht jeder Arbeiter aufbringen kann. Aus allen diesen Gründen ergibt sich, daß das Vergnügen des Vereins als das einer geschlossenen Gesellschaft sich darstellt. Deshalb beantrage ich, die Berufung der Staatsanwaltschaft zu verwerfen und den Angeklagten freizusprechen. Nach kurzer Beratung wird das Urteil wie folgt verfaßt: Das Gericht hat die Frage: Ist der Sozialdemo- kratische Verein als eine geschlossene Gesellschaft anzusehen? bejaht. Deshalb ergibt sich die Freisprechung. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird somit verworfen.

Letzte Nachrichten.

Hd. Hannover, 21. Mai. (Privattelegramm der „Volks- stimme“.) In dem Konflikt in der Metallindustrie ist zwischen den beiden Streikerkommissionen eine prinzipielle Einigung erzielt worden. Die WiederEinstellung der Arbeiter soll nach den Betriebs- bedarfsverhältnissen erfolgen und Maßregeln nicht stattfinden. Die Friedensverhandlungen werden noch im Laufe dieser Woche geschlossen werden.

Hd. Budapest, 21. Mai. Der König ist gestern abend zum Eröffnung des Reichstags hier eingetroffen. Trotz- dem der Monarch der Hauptstadt zwei Jahre fern gelieben war, fehlten Fahnen oder sonstiger Schmuck in den Straßen gänzlich. Das älteste Mitglied des Abgeordnetenhauses, der 91jährige Radarax, lehnte die Uebernahme des Alterspräsidentens ab, um die Abgeordneten nicht, wie üblich, in der Burg vor den König führen zu müssen. Ein Teil der Konstituaner wird sich jedenfalls von der Aufspaltung in der Burg fern halten.

Hd. Stockholm, 21. Mai. Der Reichstag hat vorgestern ver- stärkt Strafen auf Aufreizung und anti- militärische Agitation angenommen.

* London, 20. Mai. Premierminister Campbell-Banner- man empfing eine Abdnung der jug. Suffragettes, Frauen, die für das Wahlrecht der Frauen eintreten. Der Minister- prääsident erklärte der Abdnung, die von vierzig Parlamentsmit- gliedern begleitet war, er glaube, daß nicht mehr viele Jahre ver- gehen würden, bis das Wahlrecht der Frauen eingeführt sein würde, doch müsse er sich begnügen, ihnen diese nur sehr beschränkte Ermächtigung zuteil werden zu lassen. Die Frauen waren damit nicht zufrieden und organisierten heute Protestmzüge.

Vereins-Kalender.

Burg. Frauen- und Mädchen-Bildungsverein. Dienstag abend punkt 8 1/2 Uhr Versammlung. Vortrag. 568

Maß-
Bestellungen
zum

Fest

werden noch zu
jedem gewünschten
Tage in bester
Ausführung
prompt geliefert.

Gewissenhafte
reelle und ausser-
gewöhnlich billige
Bedienung veran-
lasst meine Kund-
schaft, mein
Geschäft weiter zu
empfehlen.

Breiteweg
120 L.
Ecke Braune-
hirschatr.

L.
Mannheimer

Herren-Moden
nach Mass.

Großes Lager
allerneuester, reeller
deutsch u. englisch.
Stoffe

Reste
und
Coupons.

Anzüge und Paletots
nach Mass

von 25.00 Mk. an.

Hosen nach Maß

von 6.50 Mk. an.

Garantie für tadel-
losen Sitz und gute
Verarbeitung.

461

Schuhwaren-Ausverkauf

wegen Aufgabe meines Geschäfts

Breiteweg 213a, Ecke Oranienstrasse.

Um schnell zu räumen, gebe ich auf reguläre Waren **5 Proz. Rabatt**,
zurückgesetzte bis zur Hälfte des bisherigen Preises.

Bekanntlich führe ich nur bessere Waren, und bietet sich, da fertige
Schuhwaren in fortwährender Preissteigerung stehen, Gelegenheit, bessere
Schuhe billig zu kaufen. 3856

Ernst Röpcke Breiteweg 213a
Ecke Oranienstrasse.

Hochleg. Herren- u. Damenwad-
billig zu verk. Georgenplatz 3, pt.
Gr. und Zwerg-Papageien
billig zu verk. Fr. Wustzerhaus,
Teichwall am Vogelsgang. 1654

Milchgeschäft

1.850 Mk. sof. zu verkauf. hoch. Existenz
Platz 6. G. Fischer, Kurfürstenstr. 29.
Guter. Nähm f. d. Wilhelmstr. 19, III. I.

Wischen, L. des Arb. Ignaz Ely,
Willy Karl, S. des Maurers Friedr.
Wust.

Todesfälle: Walter, unehel.,
10 M. 6 T. Friedrich Wilhelm,
S. des Arb. Herm. Wille, 4 M. 8 T.
Willy, S. des Arb. Joh. Golzart,
1 M. 17 T. Otto, S. des Zim-
merers Wilh. Schwarz, 2 T. Arb.
August Schaefer, 64 J. Martha,
L. des Arb. Friedr. Weber, 10 J.
Willy Walter Franz, S. des Arb.
Christoph Goldmann in Benneden-
bed, 5 M. 20 T.

Wischerleben.
Eheschließungen: Solo-
motidheizer Friedrich Heinenann mit
Anna Langhoff. Buchdrucker Gustav
Knoche mit Verta Glorius. Arb.
Emil Spichalski mit Anna Feld.
Arb. Louis Schröter mit Luise Trensch.
Geburt: L. des Uhrmachers
Dito Müller.

Burg, 19. Mai.
Eheschließungen: Arbeiter
Hermann Friedrich Wilhelm Stein
mit Luise Emma Wolffstämpl. Leder-
färber Wilhelm Otto Bander mit
Emmi Elise Behne. Arb. Andreas
August Gustav Meerkag mit Minna
Hedwig Schröder.

Todesfälle: Otto, S. des
Maurers Wilhelm Ehrlich, 8 M.
Benj. Briefträger Karl Köber, 81 J.
Martha, L. des Arbeiters Theodor
Dilling, 3 M. Frida, L. des Arb.
Friedr. Kupfermager, 4 M. Schuh-
macher Friedr. Stavenhagen, 51 J.
Friedrich Schröder, 7 M. Hedwig
Kühn, L. des Mustfers Wilhelm
Kühn, 1 J.

Halberstadt.
Aufgebote: Kaufm. Walter
Kuhzang mit Katha. Bäfer. Eisen-
bahnwagenführer Karl Wilhelm Voigt
in Wittenberg mit Anna Theresie
Wunderlich in Gräfenkuhl. Kaufm.
Paul Brehme hier mit Martha
Schmidt in Steinfeld. Wohlh.
Kaufmann Simon Leopold Herzog
in Frankfurt a. M. mit Theresie Fei-
hler. Arbeiter Gustav Jürgens mit
Marie Kompa.

Eheschließungen: Defon-
Inspektor Hugo Palm mit Elise
Sundt. Fleischer Siegm. Wardack
mit Anna Behrens.
Geburten: S. unehel. S.
unehel. L. unehel. L. des Malers
Karl Schröder, L. des Straßenbahn-
wagenführers Karl Schröder, S.
des Lederfärbers Paul Marcinkowski,
S. des Stellmachers Hermann Fischer,
S. des Bahnw. Johannes Marx,
L. des Milchverkäufers Otto Sens,
L. des Apothekers W. Walter Fischer,
L. des Bizefeldwebels August Fehje,
L. des Malers Karl Finze.

Todesfälle: W. Friederike
Friede geb. Müller, 69 J. Restaur.
und Köchlein Wilhelm Korte,
52 J. Arbeiter Wilhelm Kirchberg,
60 J. Witwe Dorothee Happach
geb. Wohlfahrt, 65 J. Privatmann
David Schulze, 81 J. Ehefrau des
Schlossers Karl Beder, Marie geb.
Viebing, 57 J. Minna Köhler geb.
Steinwiler, 53 J. Schächter und
Kantor Leber Goldfrank, 76 J.
Inval. Bergmann Wilh. Böhme, 62 J.

Schönebeck.
Aufgebote: Lackierer Ernst
Gustav Leue hier mit Florentine
Marie Käbner in Schönebeck.
Machinist Heinrich Knabe hier mit
Emilie Friederike Krieg in Felgeleben.
Geburten: Heinz, S. des
Zahnarzts Dr. phil. Herm. Männich.
Margarete, L. des Fabrikarb. Karl
Schall. Karl, S. des Fabrikarbeiters
Dito Knopf.

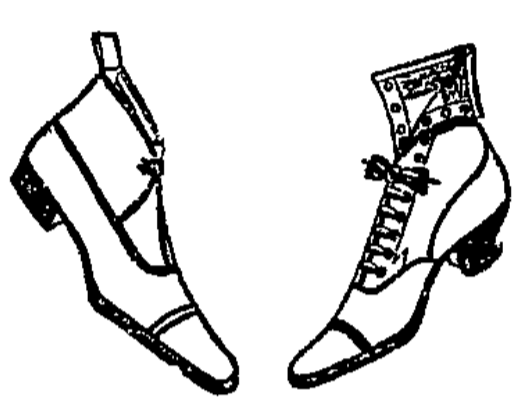
Todesfälle: Privatm. Konrad
Fügel, 85 J. Frau Wilhelmine
Kuhn geb. Rüd, 54 J.
Staßfurt.
Aufgebote: Bergarb. Friedr.
August Schneegans hier mit Marie
Martha Geher in Barb. Kantien-
verwalter Christian Friedrich Uebig
mit Auguste Arndt geb. Trog in
Magdeburg.
Geburten: S. des Barbiers
und Friseurs Karl Rath. S. des
Arb. Johann Schmauts.
Todesfälle: Schneidemstr.
Louis Körner, 45 J. Wirtschafter
Regina Neubauer, 65 J.

Wasche mit

Luhns
Giebt schönste Wasche
Nurecht MIT ROTBAND

Hochleg. Nähmaschine u. Gar. spott-
billig z. verkaufen Georgenplatz 3, pt.
Herren- u. Dam.-Rad u. Gar.-S. Gel.,
außerg. bill. Kfz. Wilmstr. 19, III.

Neu eröffnet!



Emil Barthel
Schuhwarenhaus
Burg b. M.

Schartauerstrasse 15
vis-à-vis dem Bismarck-Denkmal.

Neu eröffnet!



∴ Reichhaltige Auswahl ∴
Bestes Material
Tadelloser Sitz

Neu eröffnet!

Reparaturen schnellstens
Solide Preise
Aufmerksame Bedienung ∴

Schuhwaren!
Billig! Billig!
Herren- u. Damenstiefel, Stiefe-
letten, Turn-, Strand- u. Kinder-
schuhe, Pantoffel, auch aus
Kontursmassen stamm. Waren
Aus Neustadt, Schmidstr. 44.

Otto Lehmann Sudenburg
Rottersdorferstr. 112
Spezialgeschäft für Wäsche 3850
empfehlen
Doppelt gereinigte Bettfedern und Daunen
Fertige Betten
Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Zirkus-Terrasse
Jeden Nachmittag **Konzert**
von 3 Uhr an

Geburten: Herta, L. des
Fabrikchlofers Albert Schmidt.
Charlotte, L. des Arbeiters Otto
Kastan.
Todesfälle: Tischergeselle
Bruno Wiebig aus Westerbüßen,
25 J. 7 M. 23 T. Willi, S. des
Fabrikchlofers Wilhelm Linde,
2 M. 11 T.

Braunschweiger Spargel-Halle
Täglich frisch gestochener
Spargel!
Bünd von 17 Pf. an.
Albert Kollé
Himmelsrichtr. 6-8
Schwibbogen 11. 3859

Gute Holzpantinen
mit bestem Leder liefert billigst auch für Händler 3851
Gustav Möriz Lederhandlung
Halberstädterstr. 25.

Standesamt.
Magdeburg-Mittstadt, 19. Mai.
Aufgebote: Schneider Richard
Weißner mit Martha Kömmerling in
Gotha. Schlosser Hermann März
in Gr.-Otterleben mit Anna Faust
hier. Arb. Wilh. Schulze mit Olga
Straß. Buchbinder Herm. Bauch
mit Marie Steinhäuser. Bautechniker
Rud. Blant in Mühlheim am Rhein
mit Elise Bernhardt hier. Milch-
händler Gustav Buro mit Mittie
Baabe.

Neustadt, 19. Mai.
Eheschließungen: Drogerie
Hermann Puhl mit Elise Hartmann
Arbeiter Wilhelm Voelke mit Witwe
Wischeropp, Anastasia geb. Gro-
dowsky. Arbeiter Bonaventura
Fride mit Elise Sibitsky.
Geburten: Juma, L. des Ar-
beiters Hermann Kehler. Fieselotte
Emma Ida, L. unehel. Albert,
S. des Arbeiters August Mahn.
Ida, L. des Pantoffelmachers
Wilhelm Schüge. Heinrich, S. des
Materialhändlers Heinrich Radtweil.
Karl, S. des Zimmermanns Karl
Maertel.

Gabe mich mit Heutigem in
Gr.-Otterleben, Breitestr. 23 b
niedergefallen. 3897
Fritz Peters, Dentist.
Sprachl. tägl. von morg. 8 Uhr bis
abends 7 Uhr; Sonntags 9-1 Uhr.
Moller für künstliche Zähne.
Kombination sowie Zahnoperationen
jeder Art. Spezialität: Künstliche
Zähne ohne Gummipolster, Füllen
der Zähne mit Porzellan, Regulie-
rung schiefstehender Zähne.
Eine tüchtige Schneiderin wird
sofort gesucht. 1565
Frida Platte, Alexanderstr. 12.
Gut erhaltener Kinderwagen
mit Gummireifen zu verkaufen
Ruhaldenstr. 28, S. p. I.

Bis früh um fünf
ist jeder Fußboden feinst hart trocken, welcher abends mit
Pranges Bernstein-Oellack mit Farbe
gestrichen worden ist. Derselbe trocknet ohne nachzulieben,
besitzt vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbar-
keit unübertroffen. 2 Pfd. 1.50 Mk., 5 Pfd. 3.50 Mk.,
10 Pfd. 6.80 Mk. inkl. Stiche, ausgenommen 1 Pfd.
65 Pf., bei 10 Pfd. à 60 Pf. 3858
Erwin Prange, Lackfarben-Fabrik
Berlinerstrasse Nr. 29, Ecke Schmiedehofstrasse.

Eheschließungen: Maler
Adolfo Andreoni mit Hermine
Waltner. Buchdrucker Karl Schulze
mit Ida Bohne. Handlungsgehilfe
Oskar Heller mit Luise Winter.
Spart.-Kassistent Otto Weisner mit
Helene Penje. Elektrotechn. Friedr.
Tümgel mit Anna Hofmann.
Geburten: Margarete, L. des
Arb. Ferd. Mertens. Gerhard, S.
des Postboten Walter Behrendt.
Viktor, L. des Silberarbeiters Otto
Kumstler. Gerhard, S. des Geschäfts-
reisenden Paul Bilspe. Melitta, L.
des Oberleiters Julius Wötcher.
Todesfälle: Arbeiter Wilh.
Grimm, 42 J. 4 M. 3 T. Kurt,
S. des Handlungsgehilfen Hermann
Binzelberg, 19 T. Gustav, S. des
Schlossers Heinrich Figenzer, 3 T.
Unben. L. des Arb. Hermann Alt,
9 St. Walter, unehel., 2 St.

Sudenburg, 19. Mai.
Aufgebote: Arbeiter Franz
Karl Gustav Haase mit Martha Elsa
Mertens. Fabrikarbeiter Karl Geseh
mit Elise Emmi Müller.
Eheschließungen: Bezirks-
feldwebel Ad. Rathert mit Frida
Büfmann. Glättmeister Richard
Greif mit Johanna Hummel.
Kupferschmied Konstant. Kieger mit
Marie Dabla.

Verloren
am Sonntag abend vom neuen Rath-
haus bis Große Marktstraße, die
Zulobstraße entlang, in der Zeit
von 9-11 Uhr eine goldene
Damen-Hemmontaehr. Abzu-
geben gegen Belohnung bei Janoocke,
Kleine Schulstraße 28. 1664

Burg. Burg. Burg.
Dienstag den 22. Mai, abds. 8 Uhr, im „Grand Salon“
Grosse öffentliche Volksversammlung
Prediger **Dr. Kramer-Magdeburg**
spricht über:
Das neue Schulgesetz und der Austritt aus der Landeskirche.
Das ungemein große Interesse, das die gesamte Bevölkerung an
dieser Gesetzesvorlage nimmt, bedingt es, diese Versammlung zu bejuchen
und dadurch öffentlich Protest einzulegen gegen die Vergewaltigung der
Schule und damit verbundenen Schädigung einer gesunden Volksbildung.
Der Einberufer.

Halberstadt Odeum Halberstadt
Dienstag den 22. Mai 1906, abends 8 Uhr
Öffentl. Metallarbeiter-Versammlung
Tagesordnung:
Die Massenentlassungen der Dehneschen Arbeiter und die Aussperrungs-
gelüste des Arbeitgeber-Verbandes. Referent: Metallarb. Rudolf Köhren-Halle.
Einen zahlreichen Besuch aller organisierten Arbeiter erwartet
Der Einberufer.

Groß-Otterleben.
Vom 1. bis 15. Mai.
Aufgebote: Schlosser Otto
Wiemann mit Verta Jünter. Maler
Ernst Berges mit Anna Kolttermann
in Lemsdorf. Arb. Aug. Helmede
mit Verta Wenig in Lemsdorf.
Metalldreher Walter Gotthardt mit
Emma Wallstab.
Eheschließung: Maurer
Herm. Arnold mit Marie Konette
in Bennedenbed.
Geburten: Anna Martha, L.
des Arb. Friedrich Grep. Willi
Richard, S. des Schlossers Richard
Busse in Lemsdorf. Elsa Marie,
L. des Arbeiters Heinrich Jubeil in
Bennedenbed. Otto, S. des Zim-
merers Wilhelm Schwarz. Erna
Meta, L. des Arb. Ulrich Würgler
in Lemsdorf. Otto, S. des Arb.
Otto Görlich. Lucie Hermine, unehel.
Eduard, S. des Arb. Joseph Wid-
jahnki in Lemsdorf. Walter, S.
des Arb. Karl Matthes in Lemsdorf.
Luise Hermine Erna, L. des Geh-
gießers Paul Lellan. Felix, S. des
Schlossers Felix Keller. Gertrud
Anna, L. des Arb. August Patalas
in Bennedenbed. Anna Luise, unehel.
Kurt Ernst, S. des Stellmachers
Herm. Nemez in Lemsdorf. Albert
Erich, S. des Zimmerers Otto
Mühlberg in Bennedenbed. Walter
Erich, unehel. Anna Katharina

Viktoria-Theater.
Dienstag - den 22. Mai 1906.
Vorstellung vor Serenissimo
Militärstrom.
Sizianj:
Verprechen hinterm Heerd.
Dienstag: Alle Sorten
Frische Würst!
à Pfund 90 Pf. 4016
G. Most, Morgenstr. 10

Halberstadt Odeum Halberstadt
Dienstag den 22. Mai 1906, abends 8 Uhr
Öffentl. Metallarbeiter-Versammlung
Tagesordnung:
Die Massenentlassungen der Dehneschen Arbeiter und die Aussperrungs-
gelüste des Arbeitgeber-Verbandes. Referent: Metallarb. Rudolf Köhren-Halle.
Einen zahlreichen Besuch aller organisierten Arbeiter erwartet
Der Einberufer.

Halberstadt Odeum Halberstadt
Dienstag den 22. Mai 1906, abends 8 Uhr
Öffentl. Metallarbeiter-Versammlung
Tagesordnung:
Die Massenentlassungen der Dehneschen Arbeiter und die Aussperrungs-
gelüste des Arbeitgeber-Verbandes. Referent: Metallarb. Rudolf Köhren-Halle.
Einen zahlreichen Besuch aller organisierten Arbeiter erwartet
Der Einberufer.

Halberstadt Odeum Halberstadt
Dienstag den 22. Mai 1906, abends 8 Uhr
Öffentl. Metallarbeiter-Versammlung
Tagesordnung:
Die Massenentlassungen der Dehneschen Arbeiter und die Aussperrungs-
gelüste des Arbeitgeber-Verbandes. Referent: Metallarb. Rudolf Köhren-Halle.
Einen zahlreichen Besuch aller organisierten Arbeiter erwartet
Der Einberufer.

1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 117.

Magdeburg, Dienstag den 22. Mai 1906.

17. Jahrgang.

Zur Klarstellung.

Vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Einer leghin in der Presse veröffentlichten Bekanntmachung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller entnehmen wir, daß dieser Verband nur dann zu einer Aussperrung von 60 Prozent der in den Verbandsbetrieben beschäftigten Arbeiter (und vornehmlich Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes) schreiten will, wenn von den ausländischen Formern und Gießereiarbeitern nicht zwei prinzipielle Forderungen zurückgezogen werden. Als solche prinzipielle Forderungen werden genannt:

1. Das Verlangen der Arbeiter nach Verhandlung von Organisation zu Organisation.
2. Die Einführung von Mindestlöhnen.

Demgegenüber stellen wir hiermit ausdrücklich fest, daß in den den Unternehmern eingereichten Forderungen die unter 1 angegebene Forderung nicht enthalten ist und nicht enthalten war. Es wurde vom unterzeichneten Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes und seinen Bezirksleitungen allerdings versucht, eine Unterhandlung von Organisation zu Organisation herbeizuführen, nachdem dies aber von den Unternehmern und ihrer Organisation abgelehnt war, die Unterhandlungen den beteiligten Arbeitern überlassen. Beweis: Nürnberg, Dresden, Breslau, Braunschweig, Hannover, Offenbach und andre Orte. Durch Vertreter unseres Verbandes wurde nur da verhandelt, wo die Unternehmer oder ihre Verbände damit einverstanden waren. Und dort ist es auch nirgends zum Ausstand gekommen. Beweis: Waden, Württemberg.

Einen Kampf um die Anerkennung der Organisation braucht der Deutsche Metallarbeiterverband nicht zu führen und führt ihn auch nicht, weil diese Anerkennung eine Frucht ist, die ihm später ganz von selbst reif in den Schoß fällt. Auch der jetzige Kampf läßt das erkennen. Dieselbe Organisation der Unternehmer, die diese Art der Anerkennung der Arbeiterorganisation ablehnt, verlangt von den im Streik befindlichen Arbeitern, daß sie an den vier Streikorten Breslau, Braunschweig, Dresden und Hannover gleichzeitig den Streik aufheben. Ist dies keine Anerkennung der Organisation? Wie wollen die streikenden Arbeiter eines Ortes überhaupt irgendwelchen Einfluß auf die eines andern Ortes ohne Organisation geltend machen können? — Gerade in dem Moment, wo der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller oder seine Bezirksverbände ein solches Ansinnen an die streikenden Arbeiter stellen, erkennen sie die Notwendigkeit der Mitwirkung der Arbeiterorganisation an, und wir stehen nicht an zu erklären, daß auch wir, wenn wir es auch nicht noch einmal verlangen, eine rasche Beilegung von Differenzen an verschiedenen Orten nur durch Verhandlungen der Zentralen der beiden Organisationen möglich und zweckmäßig halten.

Wie weit aber die einzelnen Bezirksverbände des Metallindustriellenverbandes entfernt sind, auch mit Kommissionen ihrer Arbeiter zu verhandeln, beweisen Dresden und Breslau. In Dresden entstand der Streik, weil die für die einzelnen Gießereien gewählten Kommissionen der

(eigenen) Arbeiter nicht nur abgewiesen, sondern in einem Betrieb aus der Arbeit entlassen, in einem andern mit Prügel bedroht wurden. In Breslau haben nach erfolgter Aussperrung bis heute keine Verhandlungen mit den Arbeiterkommissionen stattgefunden, trotzdem sie von den Arbeitern mehrfach verlangt und auch vom Gesamtverband der Metallindustriellen als zulässig anerkannt wurden.

Was die Forderung des Mindestlohns betrifft, so spielt diese im gegenwärtigen Kampfe eine ganz untergeordnete Rolle. Sie war für die Verhandlungen vorgeschlagen, ist aber nirgends der Anlaß zu einem Ausstand gewesen. Auch in Hannover und Braunschweig kam es nicht wegen dieser Forderungen zum Streik, sondern wegen der mangelhaften Zugeständnisse überhaupt und ihrer ganz unverbindlichen Form. Die wenig Bedeutung der unterzeichnete Verband der Forderung der Mindestlöhne bei diesem Kampfe beigelegt hat, geht schon daraus hervor, daß beispielsweise in Nürnberg, wo nach Ablehnung des Verbandes als Unterhändler eine Kommission der Formern und Gießereiarbeiter mit einer solchen der Gießereibesitzer verhandelte, nach einer Aussprache auf den Mindestlohn verzichtet und über die übrigen Punkte ohne Streik eine Verständigung erzielt wurde.

Ebenso in Breslau. Dort haben vor dem Streik Verhandlungen von Kommissionen der Arbeiter mit den Inhabern der einzelnen Betriebe oder deren Leitungen stattgefunden. In drei Viertel dieser Betriebe wurde unter Ausschaltung der Forderung der Mindestlöhne eine Verständigung ohne Streik erzielt. Nur in der Breslauer Maschinenfabrik und bei den Firmen Kemna und Kitzel nicht. Aber auch dort waren nicht die Mindestlöhne, sondern höchstens den Betriebsverhältnissen angepaßte Lohnregulierungen das Streitobjekt. Auch die Verständigungen an andern Orten beweisen, wie unrichtig die Behauptung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ist.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der in einer früheren Bekanntmachung erklärte, die dem Streik zugrunde liegenden Umstände geprißt zu haben, scheint von diesem Sachverhalt nichts zu wissen, denn sonst könnte er so etwas nicht publizieren. Aber gerade diese Unkenntnis ist ein drastischer Beweis für die Notwendigkeit der Unterhandlung von Organisation zu Organisation. Hätte eine solche stattgefunden, dann wären dem Gesamtverband solche Forderungen kaum unterlaufen. Er hätte sich aber auch durch eine solche Aussprache überzeugen können, wie sehr er im Irrtum mit seiner Behauptung ist, daß der Deutsche Metallarbeiterverband durch seine Vorschläge auf Einführung von Mindestlöhnen Normallöhne anstrebe. Da aber der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller es ablehnt, sich über die wahren Absichten der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter zu vergewissern, ist es ihm auch unmöglich, ihre Absichten zu verstehen und darüber gerecht zu urteilen. Ihn dazu zu befähigen, ist bei dem jetzigen Stande der Dinge nicht unsere Aufgabe, sondern es genügt uns, in der Öffentlichkeit dargetan zu haben, wie es sich mit den vermeintlichen Differenzpunkten verhält und wer ein Interesse daran hat, daß dieser Kampf um ganz be-

scheidene Forderungen der Arbeiter sich zu einer Machtprobe ausgewachsen hat. —

Durch die vorstehend wiedergegebenen Ausführungen des Vorstandes der Metallarbeiter-Organisation ist die Behauptung der Unternehmer und ihrer Presse, der Metallarbeiterverband trage die Schuld an der „Kraftprobe“, ja wohl widerlegt. Wenn die Aussperrung doch vorgenommen wird, obwohl der Verband ausdrücklich festgestellt hat, daß die Formern und Gießereiarbeiter weder auf den Mindestlöhnen noch auf der Anerkennung der Organisation als vertragschließenden Faktor beharren, so ist damit bewiesen, daß die Unternehmer einen Anlaß von ziemlich untergeordneter Bedeutung benutzen wollen, um die Organisation der Arbeiter durch einen kräftigen Alberschlag auf Jahre hinaus kampfunfähig zu machen. Man darf aber hoffen, daß der Plan größtenteils sinnloser Unternehmerräsonen, dem übrigens ein sicherer Mißerfolg winkt, doch nicht zur Ausführung kommt. In Dresden ist nämlich endlich Frieden zwischen Formern und Gießereibesitzern geschlossen worden. Die Einigungs-Kommission hat sich auf folgende Friedensbedingungen geeinigt:

„Die Normalarbeitszeit soll, wie bei den einzelnen Werken geordert, eingehalten werden. — Ueberstunden werden nach Möglichkeit vermieden. Sie müssen, wenn erforderlich, geleistet werden, und die Vergütungen werden mit 25 Prozent Zuschlag, aus dem vereinbarten Stundenlohn verrechnet, bezahlt, wenn die Arbeitszeit um mehr als eine halbe Stunde überschritten wird. Ohne Genehmigung des Vorgesetzten dürfen jedoch keine Ueberstunden gemacht werden. — Anfangsstundenlöhne, sogenannte Mindestlöhne, werden abgelehnt, dagegen wird mit jedem Formern und Gießereiarbeiter ein seinen Leistungen entsprechender Stundenlohn vereinbart, der gewährleistet wird. Es wird den Arbeitgebern anheimgestellt, die niedrigen Löhne entsprechend aufzubessern. — Die Akkordpreise werden mündlich oder schriftlich vor Uebernahme der Arbeit den Arbeitern bekannt gegeben, und der einmal vereinbarte Akkordbetrag wird nur unter Zustimmung der nach der Fabrikordnung oder dem Gesetz gerechtfertigten Vorgesetzten ausbezahlt. — Ausprobierete Akkorde können nur durch Verbesserung der Modelle und Arbeitsmethoden, bzw. Fabrikationseinrichtung, bei Maschinen- und Maschinenfabrikation ungeschädigt werden. — Unverschuldeter Fehlgang wird bezahlt. Eine paritätische Kommission wird abgelehnt. Reklamationen und Differenzen entscheidet die Betriebsleitung unter Hinzuziehung des betreffenden Formers oder Kernmachers. In Streitfällen sollen ein oder mehrere unparteiliche erfahrene Formern gehört werden, die beiden Parteien genehm sind. — Die hierunter ausgesprochenen Wünsche werden, soweit sie nicht erfüllt, den Esengießereien zur Berücksichtigung angelegentlichst empfohlen. — In Betrieben, wo günstigere Bedingungen als die hierdurch vereinbarten schon gewährt sind, müssen solche bestehen bleiben. — Bei Uebernahme der Arbeit leisten alle streikenden und ausgesperrten Formern und Gießereiarbeiter an ihre bisherigen Plätze zurück, soweit dieselben nicht anderweit befehrt worden sind. — Die WiederEinstellung erfolgt nach Bedarf. — Die Ueberstunden von streikenden oder ausgesperrten Arbeitern werden nicht stattgefunden. — Arbeitswillige dürfen in keiner Weise belästigt werden. — Die Wiederaufnahme der Arbeit in der Kreishauptmannschaft Dresden tritt ein mit der Einigung in den Verbänden Hannover, Braunschweig und Breslau.

Diesen Bedingungen stimmte am Sonnabend eine Versammlung der streikenden Formern und Gießereiarbeiter zu. Auch in Hannover, Breslau und Braunschweig wird eine Einigung erwartet, so daß der Kampf damit beendet wäre. Er hat in Dresden jetzt gerade sieben Wochen gedauert, sechs Wochen sind die Metallarbeiter ausgesperrt.

Die Unternehmer bereiten inzwischen die Aussperrung vor. Aus Kiel wird gemeldet, daß die Germania-Werke, die Howaldt-Werke und die andern dem Verband angeschlossenen Werke etwa 5000 Metallarbeitern zum 2. Juni gekündigt haben. Die Germania-Werke hat aber folgendes Manöver ausgeführt: Sie kündigte beinahe

Genilletou.

Um den Wegzoll.

Von Timm Kröger.

(14. Fortsetzung.)

Achtes Kapitel.

Das Dorf legte sich ins Mittel. Wir wissen, daß es vergeblich geschah.

Und dann ging's los. — Der Prozeß oder vielmehr, die Prozesse gingen los. Der Klagegründe waren mancherlei: Beleidigung, Mißhandlung, Sachbeschädigung, Entschädigung wegen Viehübertritts, Herausgabe von zu Unrecht geschüttetem Vieh, Futtergeld, Früchte! Sodann der Wegzoll. — Possessorum, Petitorum, Zulässigkeit des Possessoriums? Zulässigkeit des Rechtsweges? Zuständigkeit? ... Es ging alles wirr durcheinander, es wurde alles freitrag.

Der Fall Golling-Rohwer gehörte zu den Bündelprozessen. Um alle Geste bindet der Sekretär eine Schnur und legt bei jedem Eingang zehn Pfund Akten in den höhnenden Aktenständer des Richters. Der tägliche Arbeitsstoff erhält dadurch ein achtunggebietendes Aussehen.

Von den Geldern, die beide Parteien nach Gericht und Anwalt trugen oder schickten, will ich nicht reden; Peter Golling zahlte außerdem an seinen Linksanwalt Georg Heinrich Joens. Hans Rohwer ging einher, als wenn ihn die Sache nicht kümmere, sprach nur darüber, wenn er gefragt wurde und sprach so kühl, als wenn nicht er, sondern ein Bauer im Nachbardorf mit Peter Golling prozessiere. — Reisen machte er nur, wenn sein Anwalt sie für nötig hielt, — Peter Golling aber knatterte mit seinem gelben Kastenwagen Woche für Woche durch Schönmoor zur Stadt und bekam ein heftisches Aussehen.

Es regnete arefatorische und andre Verfügungen, die meisten mit einer Spitze gegen Peter; im Dorfe besetzte sich die Ansicht, daß Peter verlieren werde.

Inzwischen fuhr jeder über die Brücke, ohne Wegzoll zu zahlen. — Die Aufrihtung des Schlagbaums hatte das Gericht verboten. Viele lachten. Die Wirtschaft im Holl-

haus ging schlechter. Peter kante die Lippen, aber er tröstete sich: „Laß sie mar.“ Er legte ein Buch an, worin er Tag für Tag die Wagen, die vorüberfahren, notierte. „Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Wenn alles vorbei ist, komm ich mit meinen Rechnungen bei den Bauern für Brückengeld, bei Hans für Kosten und Schäden. Der Niedgang der Wirtschaft, alles kommt darauf. Da soll der große Hans, den nichts kümmert, wohl Augen machen. Dann soll es wohl ein Ende haben mit seinem Lumanjo. Seine Ruhe, sein breiter Gang, sein Hüftenstock, es ist ja alles Schein vor den Leuten. Im Grunde ist er bang, daß ihm die Würd bewert.“

Die Prozesse hatten schon ein Jahr gedauert. Das Gericht forderte von Hans Rohwer einen Schwur, daß Peter ihm versprochen habe, die Meinerskoppel zu dichten. Es war nun nichts gewisser als das, Marie Olfers hatte es schon beschworen, aber Peter hatte sich eingedet, er habe gesagt: „vielleicht werde er es tun.“ Hans Rohwer ließ sich nicht beirren und schwor; Peter Golling nannte ihn laut vor Gericht einen Meineidigen und erhielt dafür zehn Taler Ordnungsstrafe.

Peter fuhr müttend nach Schönmoor. Joens übernahm es, ihn vollständig zu trösten. Sein unverständliches Gedröhne richtete wirklich Peter Gollings Zuericht auf. — „Seid man ganz ruhig, Golling,“ sagte der kluge Mann. „Euch die Privilegien wegnehmen, das wäre jaust so, als wenn der Amtmann, der Kirchspielvogt und der Pastor sich zusammentäten, Euch überfielen, Euch knebelten und vor Euren Augen das Geld aus dem Schrank nähmen. So weit sind wir denn doch noch nicht, das tut unsre Obrigkeit nicht, ebensowenig wird sie Eure Privilegien für ungültig erklären. Denn die sind so gut wie bar Geld.“

Hans Rohwer war zu Fuß nach Schönmoor gegangen; ein dort wohnhafter Schwager hatte angespannt. Aus der Stadt waren sie schon zwei Stunden vor Peter gefahren; Hans Rohwer war, wie Peter in Schönmoor hörte, gleich weitergegangen, Hans Detel Schulz war ihm begegnet. „Der ist schon längst in Steinhof,“ sagte Hans Detel, als Peter ihn fragte. Peter fragte danach, weil er seinen Feind auf dem Weg nicht treffen wollte. Um keinen Preis!

Es dämmerte schon, als er mit seinem Kastenwagen

von Georg Heinrich Joens' Hofstelle rollte. Bei Krißhan Lembkes Wirtschaft kam ihm der Gedanke, seinem Berufskollegen Verdienst und sich selbst ein Glas Grog zu gönnen. Die Einfahrt war offen, der gelbe Karren fuhr auf Krißhan Lembkes Diele.

Neuntes Kapitel.

Sein Wagen lenkte auf Krißhan Lembkes Diele, um nach einer Stunde zum andern Tor wieder hinauszufahren. Drei Glas hatte Peter erhalten, er fühlte eine angenehme Wärme, — sie hob ihn über manches hinweg.

Es war ein sternheller Abend; über dem freien Moor wölkte sich der Halbtagel flimmernde Pracht. Peter sah die Lichter großfelig an. Erden und Sonnen sollten's sein. Dabei konnte er sich nichts denken, aber schon schauten sie aus. Er wollte sie noch ein bißchen ansehen, konnte aber nicht. Der Kopf fiel ihm nach vorn, der Hals knickte ein, — er war daran, einzuschlafen und mußte es.

Den Fuchs konnte er zwar gewahren lassen, der kannte den Weg. — Aber — schlafen — schlafen wollte Peter nicht. Er richtete sich auf und straffte die Zügel. Nun war auch der Mond aufgegangen, es war ganz hell. Die Weiden hatten breite Klappen, das Mondlicht rieselte daran weiß herab. Der Fuchs lief im Trab, sein Hinterteil war in wiegender Bewegung, der im kurzen Knoten gebundene Schwanz pendelte im Takt der Schritte. Von den Flanken des Tieres stieg Dampf auf, die Ohren spielten und schüttelten.

Es fiel eine Sternschnuppe. Da dachte Peter an den Blitzschlag, der vor Jahren Heinrich Nahls Scheune anzündete und die ganze Feuernte verbrannte. Dann war er auf jener Hollarwiese, zu mähen. Aber es ging nicht, seine Sense arbeitete gegen Weidenstrünke.

Er hatte wieder mit dem Schlaf zu tun und riß die Lider gewaltig auf.

Geräuschlos lief der Wagen über den Weggrund. Und wenn er vorüberrollte, verneigten sich die rauhen Weiden.

Vor seinen Ohren klang Gesang, es war ihm wenigstens so, als ob jemand sänge. Er erkannte das Triumph- und Trostlied, das Nationallied seines Dorfes — und dachte an seine Jugend.

(Fortsetzung folgt.)

allen Arbeiterkategorien, Betroffen wurden: Metallarbeiter, Schmiede, Maler (1), Tischler (1), Schiffszimmerer (1), Organisten und nicht organisierte, auch die Fleisch-Duckerschneiderei. Das ist also offenbar eine Scheinabschließung des gefassten Beschlusses; man kündigte einfach den Leuten, die am ehesten zu kündigen sind, um 60 Prozent auf dem Gesamterwerb zu heranzubekommen. Die Werk will dann weiter arbeiten und ihren Konturen, die die Kündigung nach den Beschlüssen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vorgenommen haben, die Arbeiten vor der Nase wegschnappen. Unternehmervollbarkeit! Kündigungen erfolgen außerdem in Hildesburg und Frankfurt a. M. Dabei haben in letzterer Stadt die Verhandlungen der Arbeitnehmer-Organisation mit den Frankfurter Blechereien wegen der Form in 18 von 20 Blechereien zu einer Einigung geführt. In zwei kleinen Blechereien streiken 20 Formen. In Halberstadt kündigte die Dehneische Maschinenfabrik gleichfalls 60 Prozent der Arbeiter, auch unorganisierte. Die Magdeburger Scharmacher sind natürlich auch dabei, wenn es gilt, den Vernichtungskampf gegen die Organisationen zu führen. In der ihnen „befeindeten Presse“ machen sie bekannt:

„Dem bekannten Beschlusse des Verbandes der deutschen Metallindustriellen nach, wurden heute auch in den zum hiesigen Bezirksverband der Metallindustriellen gehörenden Werken die Kündigungen der organisierten Metallarbeiter, soweit sie 14tägige Kündigungsfrist haben, zum 2. Juni ausgesprochen. Die übrigen Arbeiter (ohne Kündigungsvertrag) werden bis zur Gesamthöhe von 60 Prozent der Arbeiterkraft an jenem Tage mit entlassen, sofern nicht bis dahin in den Auslandsbezirken (Hannover, Braunschweig, Dresden usw.) eine Einigung der Streikenden mit den Arbeitgeber zustande gekommen ist. Hier in Magdeburg dürften, falls es zum Äußersten kommt, 7—8000 Arbeiter von der Ausperrung betroffen werden.“

Wozu zu bemerken ist, daß die hiesigen Metallarbeiter beinahe ausnahmslos ohne Kündigung angenommen sind. Die ganze Publikation, die obendrein in die ganze Welt telegraphiert worden ist, soll also nur sagen: Wenn die Ausperrung nötig ist, machen wir Magdeburger Scharmacher mit! Daran hat auch niemand gezweifelt. Der „Central-Anzeiger“ kann übrigens auch bei dieser Gelegenheit das Schwindeln nicht lassen. Er entschuldigt die Unternehmer von vornherein wegen des geplanten Gewaltaktes, indem er schreibt, die „sozialdemokratischen Organisationen“ hätten durch ihr Vorgehen die Metallindustriellen zu dieser „bedauerlichen Maßregel“ gezwungen. Außerdem läßt er frech hinzu, es seien in den letzten Tagen schon zahlreiche Kustritte aus dem Metallarbeiterverband erfolgt! Das Blatt glaubt wohl, die Metallarbeiter seien so traurige Gefellen wie die Schmiede, die es herstellen und sie lesen davon, wenn der Herr Unternehmer die Stirn raut. Es mag sich gesagt sein lassen, daß die Ausperrungsandrohung überall, auch in Magdeburg, die Folge hatte, daß die Mitgliederzahlen stiegen und werden die Metallarbeiter bald 400 000 Mitglieder zählen, dann verdienen nicht zuletzt die Unternehmer den Dank dafür.

In Breslau haben übrigens die organisierten Metallarbeiter wegen der Androhung der allgemeinen Ausperrung gegen die Vorstandsmitglieder des Verbandes der schlesischen Metallindustriellen Strafanzeige wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung bei der Breslauer Anklagebehörde Anzeige erstattet. Nunmehr, nachdem mehrere Wochen bereits vergangen sind, teilt der Erste Staatsanwalt mit, daß er die Erhebung der Anklage ablehne. Genosse Rechtsanwalt Heine in Berlin wird gegen diesen Bescheid den Beschwerdeweg beschreiten.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Ausperrung der Lithographen und Steinbrucker liegen aus Frankfurt a. M. Chemnitz und Nürnberg Berichte vor, wonach dort die Kündigungen der im Senefelder-Bund organisierten Gehilfen erfolgt sind. Doch wird aus allen diesen Orten mitgeteilt, daß sich nicht alle Firmen an der Kündigung beteiligten. Die Unternehmervollbarkeit ging schnell in die Brüche!

In Magdeburg nahm am Sonntag früh eine Versammlung der Lithographen und Steinbrucker im Restaurant Rächtesfeld zur Ausperrung Stellung. Darüber ist uns folgender Bericht zugegangen:

Ausgehend sind auch Vertreter vom Buchdrucker-, Buchbinder- und Hilfsarbeiter-Verband. Ueber die Situation referiert Kollege **W. R. S.** Er berichtet die äußerst zweifelhafte Haltung einiger hiesiger Prinzipale, der Herren Frieze und Kobrahn. Während sie schon mit dem „Schutzverband“ (der Prinzipale) in Berlin liebengelassen, ja sogar in Gemeinschaft mit Herrn Walter hier am Orte eine Filiale dieses „Schutzverbandes“ gründeten, waren sie anscheinend eilig bemüht, in vier gemeinsamen Sitzungen mit der Gehilfen-Kommision einen rechtlichen Tarif zu vereinbaren. Dieser kam denn auch zustande, und die beiden Herren Kobrahn und Frieze gaben ihr Wort, für diesen Tarif in der Prinzipalsversammlung mit allen Kräfte einzutreten. Aber was geschah? Die schriftliche Zustimmung der Gehilfenversammlung zu dem vereinbarten Tarif ging der Prinzipals-Kommision nach kurzer Zeit zu. — Die Antwort der Prinzipale kam nach ca. 6 Wochen am 19. Mai in Gestalt der Generalausperrung, befohlen von dem Vorstand des Schutzverbandes, am Ort hier vertreten durch dieselben Herren Frieze, Kobrahn und Walter! Folgendes Schriftstück ließen die Prinzipale (auch die genannten Herren), ihren Lithographen und Steinbruckern überreichen:

Magdeburg, den 19. Mai 1906.

Herrn hier

Laut Vorstandsbefehl des Schutzverbandes deutscher Steinbrucker-Besitzer kündigen wir Ihnen hierdurch Ihre Stellung als (Lithogr.) Maschinenmeister zum 2. Juni d. J., jedoch nur in der Voraussetzung, daß Sie der Organisation des Senefelder-Bundes angehören. Sollten Sie nur zur Unterstützungskasse des Senefelder-Bundes Beiträge gezahlt haben, dann ist die Kündigung hinfällig. Sie müßten uns jedoch hierüber sofort in Kenntnis setzen. Im Falle Sie aus dem Senefelder-Bund ausgetreten sind, sind wir verpflichtet, dieses dem Schutzverband zu melden und kann erst über Aufhebung der Kündigung verhandelt werden.

Achtungsvoll

PS. Die Arbeit soll erst dann wieder aufgenommen werden, wenn in sämtlichen zurzeit angegriffenen Betrieben des Schutzverbandes die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen ist.

Mit kräftigem Händl! quittieren die versammelten Kollegen über dieses, ihnen offen zugelegene Dokument. Unter lebhaftem Beifall schloß Redner mit der Versicherung, daß es dem „Schutzverband“ der Prinzipale niemals als geringe Angelegenheit wird, den Senefelder-Bund und seine Kasse zu sprengen durch brutale Ausperrung, sondern er wird die Kollegen nur noch fester aneinander schmieden.

Aus der Diskussion ging hervor, daß den meisten der hiesigen Prinzipale diese brutale Ausperrung ihrer Gehilfen so möglich und unangehen kam wie nur möglich, und daß die, die dem Letzten des Schutzverbandes nicht gefolgt sind, nun sich schmerzhaft ins Fleisch schneiden. Ein Antrag aus der Versammlung wurde mit großer Mehrheit angenommen: Die Kommission zu beauftragen, nächster Tage den an der Ausperrung beteiligten Prinzipalen den ersten, von der Gehilfen-Kommision ausgesprochenen Tarif zur Anerkennung und Unterzeichnung vorzulegen. Ferner erklärten sich die

Kollegen bereit, der Anregung des Hauptvorstandes entsprechend, von dieser Woche an während der Dauer des Kampfes einen Extra-Beitrag von 10 Proz. des Lohnes pro Woche zu zahlen. Außerdem gab jeder Anwesende schriftlich sein Ehrenwort, jede Streit-Arbeit konsequent abzulehnen. In der Abstimmungskammer keine Unstimmigkeit zu machen und den Anordnungen der Gehilfen-Kommision strotzige Folge zu leisten.

Am Schluß der Arbeit lebhaften und kampfeslustigen geistigen Debatte fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am Sonntag den 20. Mai in der „Ritterhalle“ tagende Versammlung der Lithographen und Steinbrucker Magdeburgs nimmt Kenntnis von den vollen Kündigungen der Lithographen und Steinbruckergehilfen hiesiger Kunstankalen, diktiert durch den „Schutzverband der Steinbrucker-Gehilfen Deutschlands“.

Die Versammlung spricht ihre Entschlossenheit aus über den Terrorismus der Arbeitgeber, untergelegt in der schriftlichen Begründung der Kündigungen des „Schutzverbandes“.

Die Versammlung erklärt, auf die in § 152 der Gewerbeordnung gesetzlich gewährtesten Rechte der Koalition niemals verzichten zu wollen und verpflichtet sich, mit allen Mitteln die ausgesperrten Kollegen zu unterstützen. Die Versammlung beauftragt die Leitung der Versammlung, den von der Gehilfen-Kommision ausgesprochenen Tarif den Arbeitgebern zur unverzüglichen Anerkennung zu unterbreiten, und beschließt, die gekündigten Stellen nicht fester wieder zu besetzen, bis dieses Ziel erreicht ist. Die Versammelten beschließen, bis zur Beilegung der Ausperrung jede Arbeiterarbeit strikte abzulehnen, Streikarbeit zu verweigern und von dem Wochenlohn der nicht ausgesperrten Kollegen 10 Prozent der Gewerkschaftskasse des Deutschen Senefelder-Bundes zuzuführen.“

Darauf trat Schluß der Versammlung ein.

Solubewegungen im In- und Auslande. Eine allgemeine Bauarbeiterausperrung, die 2000 Mann umfassen würde, ist in Erfurt ausgedroht worden. — Aus Dresden wird gemeldet, daß keine Meider die Forderungen der Schiffer bewilligt hat. Der Generalstreik aller Dorschiffer hat daher begonnen. — Ein Kampf der Stukkateure steht in Nürnberg bevor. Die Arbeiter verlangen letztlich die tarifliche Festlegung dessen, was bisher üblich war. Die Unternehmer legten als Antwort darauf einen Tarif vor, der fast alle Arbeiter eine Lohnreduzierung von 10 bis 15 Pf. pro Stunde bedeuten würde. Die Arbeiter verlangen Freilassung dieses Tarifs und Anerkennung des übrigen. — Im Mansfeld-Steingebiet stehen die Steinarbeiter schon seit einiger Zeit in einer Bewegung. Die Vermittlung des unterfränkischen Gewerkschaftsverbandes wurde von den Unternehmern abgelehnt. Auch im fränkischen Kalksteingebiet scheint es zu einem Kampfe zu kommen, weil die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnen. — In Bamberg streikten die Maler wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen.

Vor einer **Nietenausperrung** stehen auch die französischen Metallarbeiter. Das Zentralomitee der Arbeitgeber-Vereinigung für die Metallindustrie hat beschloffen, den Kampf mit den Arbeitern aufzunehmen. Am 2. Juni werden sämtliche Industrien dieser Branche ihre Werke schließen. Durch die Ausperrung werden insgesamt 175 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Die Ursache des Streiks ist die Frage des Wochenlohns und die Durchsührung des Abstundentags.

Das Lob der „Arbeiter-Zeitung“ wird den Hirschen zuteil, weil der Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter sich weigerte, seinen Mitgliedern, die beim Braunkohlenbergarbeiterstreik nicht den Streikbrecher machen wollten, Streikunterstützung anzuzahlen. Dazu bemerkt das Scharmacherblatt: „Ist das wahr, was hier über die Handlungsweise der Hirsche“ bezüglich der Gewährung von Streikunterstützung gesagt wird, so verdient diese eher Lob wie Tadel, wenigstens in unsern Augen. Sie sorgen jedenfalls besser für das Fortkommen ihrer Vereinskassisten, wenn sie dieselben zu den Unternehmern schicken, um ihre Arbeit anzubieten, als wenn sie sie in ihrer Hartnäckigkeit bestärken würden.“ Wohl bekomm's den Herren Hahn, Wegler und Gewissen!

Die abgehackte Hand. Man ist jetzt dem Handarbeiter auf der Spur. Der 13jährige Sohn eines Schuhmanns hat seinen Mitschülern morgens nach dem Vorfall erzählt, daß auch sein Vater mit Ginzschreiten gegen die Hühner beteiligt gewesen, und sogar einem von ihnen die Hand abgehauen habe. Bei der polizeilichen Vernehmung habe der Knabe zuerst schweigend, nach Konfrontation mit den Mitschülern aber zögernd seine Versicherung zugegeben. Wie hirscherische Blätter berichten, heißt der Held Th. W. Weiter erzählt die „Volksstimme“, daß die Voruntersuchung wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs einen solchen Umfang angenommen hat, daß Landgerichtsrat Firl, der diese Untersuchung führt, die übrigen ihm übertragene Amtsgeschäfte abgegeben hat, um sich ganz der Bearbeitung des Ausnahmeprozesses zu widmen.

G. Bei der Gewerbegerichts Wahl in Nürnberg zeigte die Liste der freien Gewerkschaften mit 9925 Stimmen gegen 827 christliche und 550 Hirsche-Dummesche Stimmen. Vor drei Jahren ergab die Gewerkschaftsliste 7613, die der vereinigten Christlichen und Hirsche 471 Stimmen. Der verhältnismäßig große Zuwachs der Wagner richtet daher, daß sie alle ihre Anhänger aufgeben haben, um eine möglichst große Minorität zu erzielen und auf Grund dessen die Verhältniswahl durchzuführen, die diesmal noch vom Magistrat abgelehnt wurde, weil die Minorität nicht in Betracht komme.

Aus der Parteibewegung.

Rapide Fortschritte macht unsere Partei in Hannover. Der Parteiverein zählt jetzt 8000 Mitglieder, der „Volksfreund“ hat 20 000 Abonnenten. Das sind für die Reichstagswahl recht erfreuliche und vielversprechende Vorboten. Zugleich aber enthalten die Zahlen eine Mahnung an die Magdeburger Genossen. Hannover ist nur um ein geringes größer wie Magdeburg. Sollten es die Magdeburger Arbeiter da nicht ebensoweit bringen können wie die in Hannover?

Die Bromberger Polizei vor Gericht.

Aus Halle, 18. Mai, wird uns geschrieben: Der Redakteur des „Volksblatt“, Genosse Däumig, hat sich heute wegen Verleumdung der Bromberger Polizei vor der Strafammer zu verantworten. Am 2. Februar dieses Jahres erschien im „Volksblatt“ unter der Spitzmarke: „Vorurteilliche Polizeiprejudiz“ ein Artikel, der sich mit dem Vorgehen der Bromberger Polizei gegen Arbeiter des Rechtschutzvereins zum „roten Sonntag“ befaßte. In dem Artikel hieß es u. a.: „Mehrere Genossen, auch zwei Frauen wurden am Sonntag den 20. Januar zur Raube gefracht und gefesselt. Erst Schmeizerstrafe hatten bewirkt, die Opfer zu befreien. Am Sonntag den 21. Januar, 11½ Uhr, als die Arbeiter in die Versammlung gingen, waren vier Flugblattverbreiter, dabei die zwei Frauen — mit einer Schnur je an einer Hand zusammengebunden — nach dem Untersuchungsgefängnis abgeführt worden. Erst am Montag den 22. Januar gegen Mittag habe man die Flugblattverbreiter wieder freigelassen.“

Redakteur Däumig übernimmt die Verantwortung für den Artikel, den er aus einer Zeitung, die er nicht nennen wollte, abgedruckt habe. Merkwürdig sei es, daß die Polizei nicht in Bromberg Anklage eingeleitet hat, obwohl all die Dinge, die in dem Artikel behauptet worden sind, in einer öffentlichen Protestversammlung unter den Augen der Polizei acht Tage nach Gefängnis zur Sprache gekommen sind. — Der Vorliegende entgegnet, daß die Genossenfrage, ob die Polizei dort Fragen wollte oder nicht. Der Angeklagte entgegnet, es werde gelingen, über die Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Zeuge Polizeikommissar Böhme-Bromberg: Das Flugblatt, das am Sonntag den 20., abends, verbreitet wurde, hat unter den Bürgern eine kolossale Erregung hervorgerufen. Von

Wärts kam die Nachricht, daß es wegen des aufheuerlichen Inhalts beschlagnahmt worden ist. Abends 10 Uhr wurde mir mitgeteilt, daß der Wäderejelle Nachtigall festgenommen worden ist. Er wurde in das Polizeigefängnis geführt, um am nächsten Tage dem Gericht überliefert zu werden.

Vorsitzender: Zeuge: Hielten Sie sich dann bereit, den Mann deshalb dem Gericht zu überliefern? — Zeuge: Ja wohl. Ich habe angenommen, § 180 ist verletzt. — Zeuge fortgesetzt: Wob nach der Einlieferung des Nachtigall wurden Frau Friederich und Fräulein Synowowsky als Verbreiterinnen auf die Wache gebracht.

Zeuge Kriminalkommissar Schreiber: Die zwei Frauenpersonen und die beiden Männer sind deshalb gefesselt worden, weil man Sonntag früh dem Transport über die Straße einen Verweigerung- und Fluchtversuch besichtigte. Der Inspektor habe zur Vorsicht gemacht. Die beiden Frauen sind mit einer Bleistiftstarken Schnur an den Armen zusammengebunden worden und die beiden Männer wurden an Handketten genommen. Wäderejelle Nachtigall jagte: Man wird hier wie ein Verbrecher behandelt, worauf ich entgegnete: Was denken Sie denn, was Sie sind?

Vorsitzender: Zeuge, warum haben Sie denn die Leute nicht schon früh und gerade um die Mittagszeit, wo ein so reger Verkehr auf den Straßen war und die Leute aus der Kirche kamen, ins Gefängnis geführt? — Zeuge: Die Beamten hatten Nachtdienst gehabt. Zeuge gibt zu, daß die vier Arrestanten von vier Schulheuten begleitet wurden und quiberte von Genossen auf der Straße hinterher kamen. Gefesselt wären die Leute eigentlich nicht gewesen, mein Zeuge, denn unter Fesselung verfeßte er, wenn einem Arrestanten beide Hände übereinander geschlossen sind.

Zeuge Gefängniswärter Timm: Ich war am betreffenden Abend zu einer Kaisers-Geburtstagsfeier und wurde gerufen. Als ich auf die Polizeiwache kam, sagte man mir, eine verhaftete Frau, die Flugblätter verteilt habe, sei nicht ruhig und habe geschlagen, wenn man ihr keinen Verband leifte, wolle sie alles entzwei schlagen. Die Frau Friedrich lobte, weinte und schlug mit der Hand gegen die Tür. Darauf habe ich ihr nach einer Verwahrung die Hände mit einer Kette auf dem Rücken geschlossen, dann die Frau auf den Fußboden gesetzt und die Kette an einem Ring auf der Diele befestigt. Als die Frau nach zehn Minuten ruhig geworden war, habe ich sie wieder befreit. Die Frau hat allerdings gesagt, sie sei zu Unrecht eingesperrt und sie habe ein drei Monate altes Kind zu Hause. Beschimpft habe ich die Frau nicht. Die Befestigung zum Sonntag bei dem Transport über die Straße sei nach Vorschrift geschehen. Die Hände hätten die Arrestanten noch ganz bequem bewegen können, und am rechten Fuß sei Frau Friedrich am Abend des 20. Januar nicht gefesselt gewesen.

Zeugin Arbeiterfrau Friedrich gibt auf Befragen zu, vorbestraft zu sein. Am Abend des 20. Januar habe sie mit der Synowowsky Wahrscheinlichkeitsflugblätter verteilt, die sie durch ihren Mann, der im Verbands sei, erhalten habe. Nachdem sie mit der S. festgenommen, habe man sie nach der Wache und in eine Zelle gebracht. Sie habe gleich gesagt, daß sie an epileptischen Krämpfen leide, und dem stellvertretenden Aufseher mitgeteilt, daß sie nicht allein bleiben könne. Der Beamte habe aber entgegnet: da ist die Prüfte, da ist der Eimer, da ist Wasser, das wird schon alles gut werden. Als man mich, so führt die Zeugin weiter aus, allein ließ, weinte ich und klopfte an die Tür, um eine Gesellschafterin zu bekommen. Darauf kam der Aufseher Timm und schimpfte. Ich war nicht ruhig und jagte: Wenn man für die Freiheit eintritt, kommt man ins Gefängnis. Nach weiterem Klappen kam der Beamte mit Fesseln in die Zelle, fesselte mir die Hände auf dem Rücken und schloß die so gefesselten Hände an einen auf der Diele angebrachten eisernen Ring. Auch am rechten Bein fühlte ich die Kette. Darauf berief der Beamte mit den Worten: „Ich will Dich schon kurieren, so, nun amüßere Dich“, die Zelle. Nach langer, langer Zeit, es schlug die Uhr ¼, es schlug ½, es schlug ¾ und voll, kam der Beamte und befreite mich dann. Ich wollte alles kaputt schlagen, habe ich nicht gesagt. Der Beamte hat mich Schlarre (horriger Ausdruck für Sittenmädchen) genannt. — Zeuge Timm bestritt dies und stellt auch in Worte, die Worte: „Amüßere Dich“, usw. gesagt zu haben. Frau Friedrich hält aber ihre bisherige Aussage aufrecht. Nach ihrer Freilassung am Montagabend habe sie Krämpfe bekommen. Zeugin bekundet auch mit Bestimmtheit, daß die Flugblattverbreiter am Sonntag morgen gelegentlich der Fesselung von dem Kriminalkommissar als Staatsverbrecher und Landesverräter bezeichnet worden sind. Er habe noch hinzugefügt: Schämt Euch was, Ihr heßt das Volk auf. Als Zeuge Nachtigall bei der Fesselung jagte: „Na, das ist ja recht nett, wir sind doch keine Verbrecher.“ habe der Kommissar geantwortet: „Ihr seid noch mehr als Verbrecher.“

Zeugin Synowowsky erklärt ebenfalls auf Befragen, vorbestraft zu sein und bestätigt dann im wesentlichen die Angaben der Frau Friedrich. Frau Friedrich wollte wegen ihrer Krankheit nicht allein bleiben und sagte, was sie in ihrer Zelle genau gehört habe: „Mein Gott, mein Gott, ich kann nicht allein sein.“ Genau habe ich gehört, so bekundet die Zeugin, daß Timm sagte: „Du Schlarre, ich werde Dir's gleich zeigen, kloppst Du noch einmal, dann kommst Du in die Zelle.“ Der Beamte habe auch die Worte „Aufseher“ und „Staatsverbrecher“ geäußert. — Dem Zeugen Timm wird vorgehalten, daß nun auch noch eine zweite Zeugin die Schimpfworte bekundet habe. Timm bestritt aber, diese Äußerungen getan zu haben und meint, er habe vielleicht nur in seinen Anordnungen etwas laut geredet. Was er gemacht habe, sei nur buchstäblich richtig gewesen.

Nachtschicht Landberg: „Zeuge, Sie haben die Äußerungen vielleicht nur vergessen, denn Sie kamen vom Vergnügen und waren ärgerlich.“ Zeuge berneint dies.

Zeugin Synowowsky bekundet auch, daß der Kriminalkommissar die Worte: „Staatsverbrecher, Landesverräter“ und „Schämt Euch was, Ihr heßt das Volk auf“ gebraucht habe.

Zeuge Wäderejelle Nachtigall, vorbestraft wegen Majestätsbeleidigung: Ich habe Flugblätter verbreitet und hat die Frauen am Sonntag früh, ruhig zu sein. Als ich gefesselt wurde, sagte ich: Na, wir sind doch keine Verbrecher.“ Darauf sagte der Kommissar: „Na, was sind Sie denn weiter?“ Der Beamte sagte auch noch andre Schimpfworte, worauf ich ihm entgegen: „Merken Sie sich nur die Worte.“ Als Zeuge später dem Untersuchungsrichter erzählt habe, daß Zeuge gefesselt worden sei, soll sich der Richter sehr gewundert haben.

Zeuge Arbeiter Gröndler erklärt auf Befragen, nicht bestraft und Soldat gewesen zu sein. Er beantwortet alle Fragen mit den Worten: „Zu Befehl.“ Ich habe Flugblätter verteilt, sagt Zeuge, und wurde im Erdgefängnis eingesperrt. Ich hörte, wie die eine Flugblattverbreiterin oben sagte: „Mein Gott, mein Gott.“ Als wir am Sonntag früh angegeschlossen wurden, rief der Kriminalkommissar: „Na, nun ran an die Ketten.“

Zeuge sagt weiter: Ich habe mich die Augen aus dem Kopf geschämt, als man uns am Sonntag mittag, als die Leute aus der Kirche kamen, so gefesselt über die Straße führte. Ich kam mit Bestimmtheit bekunden, daß der Kriminalkommissar mich als Staatsverbrecher bezeichnet hat, und ich bin Soldat gewesen. — Der Kommissar bestritt trotzdem, die Schimpfworte getan zu haben.

Staatsanwalt Schläpfer beantragt, die Ichnen genannten vier Zeugen wegen Verdachts der Teilnahme an der Verleumdung durch Weiterverbreiten nicht zu vereidigen. — Nachtschicht Landberg beantragt die Vereidigung der vier Zeuginnen, da von Beihilfe zu der angeblichen Verleumdung im „Volksblatt“ gar keine Rede

sein könne, weil der Artikel doch aus einer anderen Zeitung abgedruckt sei. Nach dem Reichsgericht müsse mindestens ein Verdacht zur Weisung vorliegen. Dies sei aber nicht der Fall.

Das Gericht vereidigt die vier Entlastungszeugen.

Staatsanwalt Schüttler: Nach dem 21. Januar hat sich die ganze sozialdemokratische Presse über die Anordnungen zum 21. Januar lustig gemacht und so getan, als wären die Verhaftungen nur sehr harmlos gewesen. Was ist, daß die Entlastungszeugen und Medner der Versammlungen einen friedlichen Ausgang gewöhnlich haben. Die Sache lag aber nicht in den Händen der Richter. Entsetzliche und aufgeregte Leute kann man nicht immer halten. Aus diesem Grunde traf die Polizei alle Maßnahmen, und es ist schlecht angebracht, nun noch die Maßnahmen der Polizei zu kritisieren. Das am 21. Januar nichts passiert ist, ist kein Grund dazu. Wenn jemand mit dem Feuer spielt, dann darf er sich nicht wundern, daß scharfe Maßnahmen ergriffen werden. Ob die Siftierung berechtigt war, diese Frage ist „müßig“. Auf Grund des Gesetzes von 1850 betreffend die Ruhe und Ordnung kann man der Polizei das Recht zur Festnahme einräumen. Die Polizei hielt die Vorbeugungsmaßregel für angebracht. Ob der Inbegriff Verbrecher in Beziehung auf die Flugblattverteilung gelte, ist ebenfalls dahingestellt. Von Wahnebene berechneter Interessen (§ 193) kann keine Rede sein, denn für den Angeklagten lag kein Anlaß vor, sich für die Leute in Weinberg ins Mittel zu legen. In Betracht käme, daß die Zeit, in der der Artikel veröffentlicht wurde, sehr ernst war. Es sei deshalb eine Gefängnisstrafe von

4 Monaten

zu beantragen.

Rechtsanwalt L a n s b e r g: Der Artikel referiert nur über eine unberechtigte Verhaftung durch die Polizei und tadelt das Vorgehen. Die Kritik enthält nichts Beleidigendes. Daß die Siftierung ungerechtfertigt war, darüber braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Die Beschlagnahme des Flugblattes ist von mehreren Gerichten als ungerechtfertigt erklärt worden. Letztens ist der Bescheid gegen § 190 kein Verbrechen, sondern ein Vergehen; ungerechtfertigt war die Siftierung. Daß bei den vier Vronberger Bürgern Verdacht begründet war, davon kann keine Rede sein. Auch das Gesetz von 1850 könne die Siftierung nicht rechtfertigen. Wer Flugblätter verbreitet, begeht damit keine Aufstörung.

Führling Bürger sich beunruhigt, so waren die Flugblattverteiler daran nicht schuld. Die Kritik an der Maßnahme der Polizei war berechtigt. Die Behandlung der Frau Friedrich durfte nicht geschehen, zumal sie krankheit gelidend machte. Die Ursache, die sie wegen ihrer Krankheit durch Kopfen machte, durfte nicht zur Festsetzung führen. Die Polizei wäre verpflichtet gewesen, den Polizeiarzt zu holen, statt dessen legte sie die Frau in Ketten. Die Entlastungszeugen haben ihre Aussagen ruhig und leidenschaftlos gemacht. Und die Worte des Beamten: „Und jetzt will ich dich kurieren“, deuten darauf hin, daß der Beamte von der Krankheit der Frau Kenntnis gehabt. Der Beamte sagt, er habe die Frau „nur“ 10 Minuten gefesselt. Und die Frau erzählt ganz glaubwürdig: „es schlug ¼, ½, voll usw.“ Wenn soll man da glauben. Daß der Artikel in Kleinigkeiten nicht ganz richtig ist, kann keinen Anlaß geben, den Wahrheitsbeweis als nicht erbracht anzusehen. Selbst Gerichte irren und sind über ein und dieselbe Sache zuweilen verschiedener Meinung. Der Schutz des § 193 müsse dem Angeklagten unbedingt zugestanden werden. Ueber den Transport vom Sonntag hat der Herr Staatsanwalt nicht viel gesagt. Mühte der Transport so geschähen? Ist das eine Art, am hellen lichten Sonntag in der Weise Bürger durch die Stadt zu führen? Konnte man unter solchen Umständen nicht eine Drohsache holen. In Städten, wie Halle oder Magdeburg, würde ein solcher Transport unmöglich sein. Der Wahrheitsbeweis ist als vollständig geführt anzusehen, in der Form könne eine Beleidigung nicht gefunden werden und müsse deshalb die Freisprechung des Angeklagten erfolgen.

Das Gericht erkannte auf

300 Mark Geldstrafe.

In der Urteilsbegründung hieß es, die Spitzmarke des Artikels: „Vorurteilliche Polizeipraxis, ist zweifellos beleidigend, denn das hießes jodelt als Wulst usw.“ Die Polizei hat sich zu den Maßnahmen berechtigt gehalten, denn sie handelte auf Grund ihrer Auffassung. Sie beschränkte Störungen. Die Ausdrücke „Verbrecher“ usw. können seitens des Beamten gefallen sein, aber jedenfalls nicht in der Form, wie die Entlastungszeugen bezeugen. Die Polizei konnte bei allen Maßnahmen der Ansicht sein, sie handelte berechtigt. Daß sie nicht in allen Punkten korrekt vorgegangen ist, sei möglich. Sie handelte aber nach pflichtmäßigem Ermessen. Die getroffenen Vorrichtungsmaßnahmen waren geboten. Der Wahrheitsbeweis ist demnach nicht als erbracht anzusehen, und der Schutz des § 193 habe dem Angeklagten nicht zugestanden werden können. In der Form sei der Artikel aber nicht so scharf gewesen, weshalb auf eine Geldstrafe erkannt worden ist.

Das ist wieder einmal ein allerliebtestes vorurteilliches Kulturbild. Die Polizei behandelt Flugblattverteiler, die durchaus nichts Gefährliches vollbracht haben, wie Handwerker, kriminalisiert sie „Verbrecher“ und „Landesverräter“, und bestraft wird der Redakteur, der sich eine milde Kritik an solchen Vorurteilen gestattet. Das sind unsere „vollkommenen Rechtsgarantien“. Auch dieser Prozeß wird sein Teil zur Erziehung der Arbeiter zur Hochachtung vor Polizei und Justiz beitragen.

Provinz und Umgegend.

Die Steinbrüche von Gommern.

Daß bei Gommern und Plöckh sich Steinbrüche befinden, ist den Lesern der „Volksstimme“ durch die zahlreichen, oft schweren Unfälle, die von dort gemeldet werden, nicht unbekannt. Nicht viele Wandrer aber führt der Weg nach dem kleinen Städtchen, und mancher ging ihn nicht gern und freiwillig, befindet sich doch in Gommern seit vielen Jahren eine Strafanstalt. Die wollen auch wir links liegen lassen und einige der Steinbrüche aufsuchen, in welchen das Material für die Pflasterung unserer Straßen gewonnen wird.

„Gewinnen“ ist eigentlich ein etwas deplacierter Ausdruck, denn mühselos gewonnen wird hier nichts, wenn man von dem Gewinn der Besitzer der Brüche absieht. Es bedarf vielmehr harter, anstrengender Arbeit, um das Gestein loszubringen und herauszuschaffen.

Zumitten prächtiger Madelholzwälder liegen acht von den 20 Brüchen des Bezirks auf engem Raume beieinander. Steingerölle, Gausen fertiger und noch zu behauender Steine bedecken das Terrain oberhalb der Brüche. Schienen von Eisenbahnen durchziehen es kreuz und quer; Schuppen zur Unterbringung von Geräten oder die Hütte eines Wächters sind die wenigen primitiven Baulichkeiten auf den schattenlosen Plätzen, die von der Sonne grell bestrahlt werden.

Die Brüche stellen sich uns als Gruben von circa 100 Meter Länge, 50 Meter Breite und 15—20 Meter Tiefe dar. Die Wände fallen ziemlich steil ab, nur auf der einen Schmalseite des

Bruches, auf der die Steinmassen in eisernen Loren an Drahtseilen hinaufgezogen werden, senkt sich der Bruch sanfter zur Sohle. Von dem herabstürzenden Grundwasser, von Quellen und vom Regen bilden sich am Boden der Brüche mischfarbige Kämpel. Da dieses Wasser keinen Abfluß hat, muß es herausgepumpt werden, damit sich der Bruch nicht in einen See verwandelt. Des Wassers wegen werden auch die Brüche nur bis zu einer bestimmten Tiefe mit Nutzen betrieben.

Neuerst interessant und lehrreich ist die Formation — der Aufbau — der Gesteinschichten. Wie eine von diesen gefaltete Wand erscheinen einzelne. Zwischen Platten von einem Meter Dicke zeigen sich schwächere, dünne Lagen, die den Fugen eines gewaltigen Mauerwerkes gleichen. Diese Lagen geben uns vielleicht einen Fingerzeig über die Entstehung des Gesteins an diesem Ort. Als die norddeutsche Tiefebene noch vom Meere überflutet war, befand sich hier eine tiefe Senkung im Meeresboden. Das von den nordischen Gletschern mitgeführte, zu Sand zerriebene Gerölle lagerte sich hier ab, bis die Senkung ausgefüllt und mit dem Meeresboden fast gleich war. Zur Zeit der Schmelzwasserlagerung lagerte sich nur der schwere Sand ab, in der übrigen Zeit, wenn die Wasser des Meeres weniger bewegt waren und keinen Sand mitführten, setzten sich auf die Sandschichten die verschiedenen tierischen und pflanzlichen Produkte des Meeres ab und bildeten die dünnen, schwärzlichen Lagen, die wir heute beobachten können. Auf die Wirkung des Wassers deutet auch die nach einer Neigung weisende, schräge Lagerung der Schichten hin. So reden die Steine eine stumme und doch berebere Sprache. Sie erzählen von der Entstehung des Weltalls mehr, als alle fünf Bücher Moses zusammen.

In den Brüchen arbeiten 800—900 Mann, die teils mit dem Sprengen und Perkrümmern der Felsmassen, teils mit dem Behauen der Steine zu den gewünschten Maßen und Formen beschäftigt werden. Das Sprengen geschieht in der Weise, daß in die Felswand mit Meißel und Bohrer gegen 20—30 Löcher gebohrt werden, die, mit Patronen gefüllt, auf elektrischem Wege mit einem Male zur Explosion gebracht werden. Während der Entzündung verlassen die Arbeiter den Bruch; sie betreten ihn erst wieder, nachdem die Explosion erfolgt ist. Dadurch, daß einzelne Schüsse versagen und verspätet losgehen, erfolgen die schwersten Unfälle. Nur bei größter Vorsicht können sie vermieden werden. Die losgesprengten Massen stürzen in die Tiefe und werden hier mit 30pfündigen Hämmern in transportfähige Stücke zerfägen.

Und was ist nun der Lohn für diese gefährliche und schwere Arbeit? Stundenlöhne von 27 bis zu 30 Pfennig bei zehnstündiger Arbeitszeit. Im Winter wird in beschränktem Umfang von Tagesanbruch bis zur Dämmerung gearbeitet, so daß der Wochenverdienst noch niedriger wird. Die Steinbehalter stehen in Akkordarbeit. Nur wenige ganz besonders geschickte Arbeiter bringen es hier zu Wochenverdiensten bis zu 27 Mark. Der Durchschnitt ist erheblich niedriger. Bis vor wenigen Jahren noch wurden Inzassen der Strafanstalt Gommern in den Brüchen beschäftigt, jetzt nur noch Korrekzionshäftlinge von Groß-Salze in beschränkter Anzahl. Früher waren die Arbeitsverhältnisse in den Brüchen noch weit schlechter. Erst als sich die Arbeiter in der Mehrzahl der Organisation angeschlossen, wurden nach schweren Kämpfen Verbesserungen erreicht. Daß die Arbeiter aber auch jetzt keine Ursache zur Zufriedenheit haben, zeigen die angeführten Zahlen.

Eubendorf, 21. Mai. (In der Gemeindevertreter-Sitzung) vom 19. Mai wurden die Neugewählten eingeführt. So dann wurde eine aus vier Mitgliedern bestehende Steuer-Einschätzungskommission gewählt. Die Gehälter der Lehrer wurden festgesetzt mit 1500 Mark für den ersten und mit je 1200 für den zweiten und dritten Lehrer.

Alten, 19. Mai. (Das Geld liegt auf der Straße.) Junge Leute, die zur Musterung gehen wollten, fanden sechs Hundertmarksteine, die verstreut auf der Straße lagen. Der Besitzer, der so splanblich mit seinem Eigentum umgehen kann, hat sich nicht gemeldet.

Burg, 21. Mai. (Mötung, Arbeiter!) Am Dienstag den 22. d. M. findet eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Dr. Kramer, Magdeburg über „Das neue Schulgesetz und der Austritt aus der Landeskirche“ referieren wird. (Siehe Annonce.) Arbeiter! Erscheint in Massen zu dieser interessanten Versammlung.

Burg, 21. Mai. (Der Frauen- und Mädchenbildungsverein) kann umständlicher keine nächste Versammlung erst am 29. d. M. abhalten. Wir bitten die Mitglieder, dieses zu beachten und am Dienstag zur öffentlichen Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Genthin - Altenplathow, 21. Mai. (Zimmererstreik.) Im März dieses Jahres stellten die hiesigen Zimmerer an ihre Arbeitgeber folgende Lohnforderung: vom 1. April 1906 an 40 Pfennig Stundenlohn, Ueberland-, Karbolinum- und Ueberstundenarbeit 5 Pfennig Aufschlag pro Stunde. Die Arbeitgeber wurden zu einer mündlichen Verhandlung mit der Lohnkommission eingeladen. Diese Einladung blieb aber nach echter Unternehmerart bis heute unbeachtet, da die Arbeitgeber nur mit ihren eigenen Leuten unterhandeln wollten. Auch in zwei späteren Versammlungen erschienen sie trotz Einladung nicht. In der nun heute im Zeitversehen lokal stattgefundenen Versammlung, in welcher die Lohnfrage zur endgültigen Entscheidung kam, wurde beschlossen, dem passiven und ablehnenden Verhalten der Unternehmer durch Niederlegung der Arbeit am Montag den 21. Mai entgegenzutreten. In der Hand der Unternehmer liegt es nun, entweder einer Unterhandlung beizuwohnen, oder ihre tüchtigen, jahrelang bei ihnen beschäftigten Arbeiter, welche geschlossen dastehen und jederzeit anderswo Beschäftigung finden, loszuwerden.

Genthin, 19. Mai. (Reklame für Herrn Merzen.) Die „Genthiner Zeitung“ bringt die Reichstagsrede des Herrn Merzen gegen die Fahrkartensteuer wörtlich zum Abdruck. Herr Merzen hat auch alle Ursache, sich von Zeit zu Zeit in empfehlende Erinnerung zu bringen. Niemand wird es ihm aber nicht. Bei der nächsten Reichstagswahl wird dafür gesorgt werden, daß Herr Merzen keine Ansprüche auf Anwesenheitsgelder im Reichstag mehr machen kann.

Halberstadt, 20. Mai. (Massenandrängungen.) In der Dehneschen Maschinenfabrik wurde gestern 60 Prozent der dortigen Arbeiter gekündigt. Die Absperrung wird somit am 2. Juni ihren Anfang nehmen. Außer den Verbandsmitgliedern sind auch Nichtorganisierte von der Kündigung betroffen worden. Die Nichtgekündigten sollen am 2. Juni in der neuerbauten Fabrik anfangen. Die Kündigungen haben unter den Arbeitern derartig aufreizend gewirkt, daß schon am Sonntag eine große Anzahl Remanmeldungen bei den Verbänden erfolgten. Es wird also das Gegenteil dessen eintreten, was die qualifizierten Schmarzwerker des Arbeitgeberverbandes erreichen wollen. Am Dienstag abend 8 Uhr findet im „Oben“ eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit diesen Gewaltmaßnahmen befassen wird. Es ist notwendig, daß die gesamten organisierten Arbeiter Halberstadts zu der Versammlung erscheinen. Alles Nähere siehe im Inzeratenteil.

Neuhaldensleben, 21. Mai. (Wanunfall.) Am 17. Mai stürzte beim Abbruch eines Hauses eine Fachwerkwand ein, wobei zwei Arbeiter Verletzungen davontrugen. Die Verletzungen des einen Arbeiters waren so schwer, daß er in seine Wohnung gefahren werden mußte. Waren denn bei dem Abbruch alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen? —

Schönebeck, 20. Mai. (Zum Zimmererstreik.) Am 20. Mai tagte im „Bürgerhaus“ eine gut besuchte Zimmerer-Versammlung, welche sich ausschließlich mit dem gegenwärtigen Streik beschäftigte. Beim ersten Punkt der Tagesordnung „Wie stellen wir uns zu der Antwort der Unternehmer?“ gibt Gauleiter Bartels zunächst ein klares Bild über den Stand des Streiks, der ein guter Teil, so daß man die Antwort der Unternehmer nicht anerkennen braucht. Nachdem sich mehrere Redner in demselben Sinne ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Zimmerer-Schönbecker können sich mit dem Bescheid des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes vom 17. Mai durchaus nicht einverstanden erklären. Die angeregte Winterarbeit für Zimmerer gegenüber den Mauern wegen Arbeitsförderung durch Frostwetter hat für die heutige Versammlung gar keine Bedeutung. Sie erstreckt hierin nur eine Ausrede, um die Zimmerer zum Nachgeben zu bewegen. Die Versammlung ist auch nicht geneigt, den Kampf unter dem Bescheid am Schluß des Jahres des Vorstandes der Arbeitgeber in Zimmererwege.“ Es bleibt bei unserer Nachricht vom 15. Mai dieses Jahres, ausgegeben. Diese Resolution soll sofort den Unternehmern unterbreitet werden. Hieran wurden aus der Mitte der Versammlung Klagen laut, daß Maurer auf einigen Bauten Zimmerarbeit verrichtet haben. Die betreffenden Maurer wurden nanhaft gemacht und ihr Verhalten scharf verurteilt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Zimmererverversammlung nimmt Kenntnis davon, daß während des jetzigen Zimmererstreiks Maurer Zimmerarbeit verrichten, indem sie Balken legen und Dach verhalten; sie ersucht das Gewerkschaftsamt, da das Geschehen an den Vorständen des Maurerverbandes erfolglos ausgefallen ist, hier Abhilfe zu schaffen, indem es eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung einberuft, in der die Sache geregelt werden muß.“ Dieses soll sofort dem Gewerkschaftsamt unterbreitet werden. In seinem Schlusswort forderte Bartels die Anwesenden auf, in dem Kampfe anzuharren, bis die behandelten Forderungen erfüllt sind. Was der Stimmung der Versammlung ist zu ersuchen, daß alle Anwesenden in diesem Gedanken eins sind.

Staßfurt, 19. Mai. (Der Rücktritt des Bürgermeisters.) Auch wir haben das von einem Schönbecker Blatt in die Öffentlichkeit gebrachte Gerücht vom Rücktritt des Bürgermeisters K e i n h a r d erwähnt und daran die Bemerkung geknüpft, daß hier von einem derartigen Gerücht nichts bekannt sei. Wir glauben jetzt die Feststellung machen zu können, daß hier eine Verwechslung vorliegt. Nicht Bürgermeister Reinhard will demissionieren, sondern der zweite Bürgermeister Dr. Tr u m p, dem ja von Anfang an seine hiesige Stellung nicht besonders behag hat.

— (Das Pensionierungsgesetz) des Polizei-Inspektors Ring ist angenommen. Am 1. Oktober wird er aus dem Amt scheiden. Auch Polizeioffizier Wille beabsichtigt in Pension zu gehen. Diese drei Männer sind nicht die Träger des hier herrschenden Kurzes gewesen.

Stendal, 19. Mai. (Unterschlagungen) in der Höhe von 8000 Mark hat sich der Verwaltungsdirektor des benachbarten Städtchens L a l b e a. W. zuschulden kommen lassen. Der Sekretär wurde verhaftet.

Tangermünde, 19. Mai. (Die Bankgrafschaft) eine Vereintigung Berliner Herrschaften, die alljährlich Gesellschaftsausflüge nach geschichtlich bedeutenden Städten macht, hat für dieses Jahr unserer Stadt die Ehre zugesagt. Der „Bankgraf“ hat in einem humoristischen „Festbrief“ den Besuch bereits angemeldet und von der Stadt Tangermünde ein Bescheid von 9240/2 Schot Umländliche Schillinge verlangt.

Auf den Festbrief der Bankgrafschaft hat „Bürgermeister und Rat der Stadt Tangermünde“ geantwortet, die Summe von 9240/2 Schot Umländliche Schillinge sei dem pantgräflichen Schlossbaumeister Horro Bindar von Hlow durch den derzeitigen Kammerer, den wohlachtbaren Herrn Christias Nibelmann in Stendalischer Währung bis auf den letzten Heller ausbezahlt. Dieser aber habe ausgleich im Ratsteller, alldro der ehrenwerte und reichthaffene Rats- und Kellnermeister Herr Walthar Plumperdumf ein sein und bestimmtlich Bier, so Kuchschwang geheißen, geschenkt, eine Kanne nach der andern geleeret und ist über die Wagen lustig geworden bis an den achten Tag, da endlich der Durst abgelöscht, item auch das Geld aus den Taschen dahin war. Dann ließ er aus der Stadt gerufen und ihn Fahrgeld bezahlen zu können, gen Wedding abgewandert. Das Gebräu aber, so er getrunken, ist von da ab „Bankgrafenbräu“ benannt. Bürgermeister und Rat bitten dann, um die Stadt in Güte zu schlichten, so viel Bankgrafenbräu an, wie die Grafenschaft trinken kann. Dann schlichtet der Brief: „Wollt Ihr aber bei Eurer Forderung beharren und etwa mit Gewalt und Waffen in fürwärtigem Eifer gegen unsere Mauern anrennen, so werden ingeleichen auch unsere Männen auf den Zinnen treulich Wach halten, und wir werden Euch mit Hellebarben und Donnerbüchsen gebührendlich empfangen und werdet wohl bald einen wehmütigen Fußfall tun müssen, denn: „Die Tangermünder hebbten den Not.“

Wie man sieht, können Leute, die Geld haben, sich auch im Sommer kostspielige Karnevalscherze erlauben.

Magdeburg und die Schullassen der Vororte.

Wir berichteten in Nr. 105 der „Volksstimme“, daß in der Folge der beiden, eine Schulsozietät bildenden Gemeinden Groß-Dittersleben und Bennedensbeck gegen die Stadt Magdeburg wegen Leistung eines Zuschusses zu den Kosten des öffentlichen Volksschulwesens und der öffentlichen Armenpflege, gemäß § 53 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893, der Bezirksausschuß die Stadtgemeinde Magdeburg für verpflichtet erklärt hat, an die beiden Gemeinden für jedes der Rechnungsjahre 1901, 1902 und 1903 einen Zuschuß zu gewähren, und zwar an die Gemeinde Groß-Dittersleben je 8300 Mark, mithin insgesamt 24900 Mark, und an die Gemeinde Bennedensbeck je 2400 Mark, mithin zusammen 7200 Mark. Das macht für beide Gemeinden zusammen 32100 Mark.

Aus der Begründung dieser Entscheidung des Bezirksausschusses ist zu entnehmen, daß der Gemeinde Groß-Dittersleben Mehrausgaben für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens und der öffentlichen Armenpflege in der genannten Höhe infolge des Umstandes erwachsen seien, daß zahlreiche in Magdeburger Betrieben beschäftigte Arbeiter mit ihren Familien in Groß-Dittersleben Wohnung genommen hätten. Diese Mehrausgaben erreichen im Verhältnis zu den ohne das Vorhandensein jener Betriebe für die erwähnten Zwecke notwendigen Gemeindeforderungen einen erheblichen Umfang und sind geeignet, eine Ueberbürdung der Steuerpflichtigen in Groß-Dittersleben herbeizuführen.

Zur Unterstüzung des gleichen Antrags der Gemeinde Bennedensbeck wurde eine Nachweisung derjenigen Beamten und Arbeiter erbracht, welche deshalb in Gr.-Dittersleben wohnen, weil sie in Magdeburger Betrieben beschäftigt werden ferner eine solche betreffs Aufzählung der schulpflichtigen Kinder mit Angabe der Schulklasse und Schule, die dieselben in Gr.-Dittersleben besuchen und noch anderweitige Nachweisungen.

Im übrigen wurde noch geltend gemacht, daß Groß-Dittersleben bei 7668 Einwohnern keine eigene Industrie habe. Die seit wenigen Jahren zugezogene Personen seien fast ausschließlich Fabrikarbeiter, die in den verfallenden Gebäuden Magdeburgs und seiner Vorstädte arbeiteten und die in Groß-Dittersleben nur der billigeren Miete wegen wohnten. Mit diesem Zugzuge hätten sich aber auch die Kommunallasten, insbesondere auf dem Gebiete des Schul- und Armenwesens in erschreckender Weise vermehrt.

In der Zeit von 1891 bis 1904 mußte die Zahl der Schullassen von 14 auf 29 vermehrt werden, es mußte ein zweiter Rektor angestellt

Briefkasten.

Z. S. Vom Verbandstag der Schmiede sind keine Berichte bei uns eingegangen. Wir werden aber in der nächsten Nummer die Beschlüsse des Verbandstags nach den Berichten in anderen Blättern mitteilen.

Marktberichte.

Magdeburg, 19. Mai. (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg.

Wasserstände.

Table with 4 columns: Station, Date, Water Level, Difference. Rows include Zferr, Oger und Molbau, Auster und Saale, and Musde.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Unter dieser Rubrik kostet die Zeile 50 Pfg. Für die jungen Mütter ist es nicht nur notwendig, für die Kleidung der Säuglinge zu sorgen, sondern noch viel wichtiger, sich darüber zu informieren, womit sie die Kinder ernähren wollen.

Bei Gicht Rheumatismus Ischias Neuralgien. Fritz Schulz, Chem. Fabrik, Leipzig.

Indoform (Dihydroxybenzoesäuremethylacetat). Glänzende Erfolge, auch bei veralteten Fällen!

Kleine Chronik.

Ein Kind als Straßenräuber. Der zwölfjährige Schulknabe Paul Böbe in Erfurt hatte am Faschnachtstendstag beim Indianerspielen einem Altersgenossen eine minderwertige Kindertrumpete weggenommen.

15 Menschen vom Bliz erschlagen.

In der Provinz Sachsen wurden nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten in der vergangenen Woche 15 Personen vom Bliz erschlagen.

Explosionen.

Auf Beche „Dahlbusch“ bei Rotthausen wurden durch eine Dynamitexplosion drei Bergleute tödlich verletzt.

Die Trierer Weinversteigerung.

Nach neunzehntägiger Dauer endete die Weinversteigerung in Trier. Es wurden für insgesamt 5 379 730 Mark Rostel, Saar- und Ruwertweine umgelegt.

Hochwasser in Württemberg.

Aus dem ganzen Lande laufen Nachrichten über bedeutende Ueberschwemmungen infolge anhaltenden Regens ein.

800000 Mark unterschlagen.

Der Prokurist Hugo Spiegel, der angeklagt war, die „Ober-sächsischen Holzwerke und Chemischen Fabriken A.-G.“ um etwa 800 000 Mark durch Unterschlagungen geschädigt zu haben, wurde in Berlin zu 4 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein Stückchen Haut als Prognoseobjekt.

Ueber eine sonderbare Schadenersatzklage, die ein Dienstmädchen wegen verminderter Heiratsfähigkeit gegen einen Chirurgen in Graz einleitete, berichtet das „Sächs. Verztgl. Korrespondenzbl.“

Ein Riesenfeuer.

Waldbrände zerstörten in Michigan ein Areal von 30 Quadratkilometern mit sechs Dörfern und der 1000 Einwohner zählenden Stadt Quinsee.

Eine See in Flammen.

Die Schiffskapitäne, welche in dem mexikanischen Hafen von Tampico eingetroffen sind, berichten, daß die See meilenweit in Flammen stehe.

In den Grund geböhrt.

Die norwegische Galeasse „Dhella“ wurde auf der Offsee von dem Küstendampfer „Fritthof“ bei unsichtlichem Wetter in der Nähe von Gabelsflak gerammt.

Ein neues Erdbeben in San Francisco.

Am Sonnabend wurde in San Francisco ein neues Erdbeben verspürt, das zwei Sekunden anauwarte.

Und ein neues sechsstöckiges Schulhaus mit einem Kostenaufwand von 40 000 Mark erbaut werden. Die in Magdeburger Betrieben beschäftigten Beamten und Arbeiter zahlen in Groß-Ottersleben an Gemeindesteuern 187,23 Mark.

Der Magistrat der Stadt Magdeburg hatte dem Antrage mit der Begründung widersprochen, daß die betreffenden Mehraufwendungen nicht geeignet seien, eine Uebersiedlung der Steuerpflichtigen herbeizuführen.

Seitens der Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, wurde ein Gutachten dahin abgegeben, daß die Schulschließung Groß-Ottersleben-Vennedebert für die nach Abzug der fraglichen 565 Kinder verbleibenden 1047 Kinder nur einen Rektor, zwölf Lehrer und zwei Lehrinnen anzustellen hätte mit einem Kostenaufwand — nach Abzug des Staatsbeitrags mit 4400 Mark — von 21 933,50 Mark.

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 19. Mai 1906.

Am einen Tag. Die Händlerin Anna Held geb. Gädle hier hatte am 31. Januar d. J. in ihrem Verkaufsladen vier Hasen liegen, obwohl die Schonzeit bereits am 15. Januar begonnen hatte.

Langwierig. Der Mühlenbesitzer Heinrich Golze zu Mödern hatte am 21. Januar 1902 den festgesetzten Mühlenwasserstand überschritten lassen und wurde deswegen vom Schöffengericht in Loburg am 12. März 1902 mit 60 Mark Geldstrafe belegt.

Bermischte Nachrichten.

Ein merkwürdiger Vorgang aus dem Tierleben. Im Herbst 1904 fing ein in der von der Lammstraße in Kiel wohnender Schuhmachermeister eine junge Droffel ein, die bald zahm wurde und sich in der Schusterwerkstatt anscheinend äußerst heimisch fühlte.

Soch zu Noth im Speisefaal. Der „Vossischen Zeitung“ wird geschrieben: „Im Offizierskasino des Militärvereins zu Hannover fand am Mittwochabend die Tischgesellschaft für den bisherigen Chef des Instituts, Generalleutnant v. Miklaff, statt, der am 1. Mai auf seinen Wunsch zur Verfügung gestellt wurde.“

MAGGI'S WÜRZE. stellt sich am billigsten beim Einkauf in grossen Originalflaschen zu m. 6.— (Inhalt ca. 1125 Gramm). Zum praktischen Gebrauch füllt man die Würze dann selbst in das kleine mit Würzeparer versehene Maggi-Gläschen ab.

„Unerreicht“ 70 Pf. Walter Ernst - Jakobstr. 36. Probieren Sie bitte meine Margarine.

Weinfaßstraße 5a, I. NB. Auf jede neue Uhr schriftliche Garantie.

Fahrräder. neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten ohne grosse Anzahlung und gegen kleine monatliche Abzahlung.

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld! Best gereinigte Bettfedern pr. Pfd. 40 Pf., Mt. 1.50, 1.50, 2.00, 2.80, 3.00, 3.00, 4.50, 5.50 und 7.00.

Deutscher Reichstag.

107. Sitzung.

Berlin, 19. Mai, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Frhr. v. Rheinbaben. Die dritte Lesung der Reichsfinanzreform wird fortgesetzt beim Reichstempelgesetz, und zwar zunächst bei der

Frachtkundensteuer.

Abg. Lipinski (Soz.): Bei der Stimmung des Hauses sind ja alle Nebenvergnisse. Der hier vorgeschlagene Stempel verkörpert die Feindschaft der Agrarier gegen die Industrie, die wir ja aus der Geschichte der Kanalkämpfe genügend kennen. Im hochindustriellen Sachse haben die Agrarier sogar eine Kanalverbindung Leipzigs mit Saale und Elbe gehindert. Wir lehnen die vorgeschlagene Verkehrs- und arbeiterfeindliche Steuer ab. (Beif. Weif, b. d. Soz.)

Abg. Hoffmeister (Freis. Vg.) bittet ebenfalls um Ablehnung der Steuer, die unter den Industriellen eine furchtbare Erbitterung hervorzurufen werde. (Beif. links.)

Abg. Gotthein (Freis. Vg.) begrüßt einen eingelassenen redaktionellen Antrag Weimer als ein erfreuliches Zeichen dafür, daß wenigstens einige Mitarbeiter an diesem „Deutsch-nationalen Werk“ der Finanzreform etwas Deutsches verstehen. (Gr. Heiterk.) Um kumpige 200 000 Mark aufzubringen, von denen jedenfalls noch 50 000 Mark an Erhebungskosten draufgehen werden, schafft man diese schamlose Verfassung der Industrie. Und alles das geht unter der Firma „ausgleichende Gerechtigkeit“! (Beif. Weif. links.)

Der Frachtkundenstempel wird in der Kommissionsfassung mit einem redaktionellen Änderungsantrag Weimer (natl.) angenommen. Es folgt die

Fahrkartensteuer.

Die Abg. Eichhoff und Merten (Freis. Vp.) beantragen Befreiung der Schülerkarten vom Stempel.

Abg. Weder (natl.) beantragt namens der Mehrheitsparteien den halben Stempel (mindestens 5 Btg.) für Kinderfahrkarten und einen Stempel von 10 Prozent des gesamten Beförderungspreises bei Sonderfahrten ohne Ausgabe von Fahrkarten.

Abg. Lipinski (Soz.): Man weißteier ja jetzt im Vorschlag neuer Steuern. Wehrsteuer, Vergütungsteuer, Junggeleitsteuer tauchen auf. Auf den Volkswillen sollte sich Herr Wisting lieber nicht berufen, denn die Reichstagsmehrheit präsentiert eine Minderheit des Volkes. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die dritte Klasse wird weit stärker belastet als die erste, weil in ihr viel mehr Leute zu fahren pflegen. Die Passagiere werden durch die Steuer in die unteren Wagenklassen gedrängt werden. Trotz aller Ablehnung der Mehrheit werden neben dem Mittelstande auch die Arbeiter getroffen werden. Wir werden gegen dies Verkehrsmonopol stimmen. (Beif. Weif, b. d. Soz.)

Abg. Graf Kanitz (konf.): Meine Bedenken sind seit der zweiten Lesung noch bedeutend gestiegen. (Hört, hört! links.) Der Fernverkehr wird außerordentlich belastet. (Lautes Hört, hört! links.) Die Einnahmen aus den Eisenbahnen werden zurückgehen. (Sehr lautes Hört, hört! links.) Trotz dieser Bedenken werde ich für die Fahrkartensteuer stimmen. (Schallendes Gelächter links.)

Abg. Eichhoff (Freis. Vp.) tritt in seiner Eigenschaft als praktischer Schulmann für die Freilassung der Schülerfahrkarten ein. (Beif.)

Abg. Spahn (Ztr.) stimmt dem Antrag Eichhoff zu. Die Fahrkartensteuer ist nicht ideal, aber unentbehrlich.

Abg. Westermann (natl.) stimmt auch mit schwerem Herzen der Fahrkartensteuer zu. Bewußt hat sie sich nicht, dann wird die Regierung vielleicht erneut die Tabaksteuer vornehmen. (Hört, hört! links.) Dem Antrag Eichhoff stimmen wir zu.

Abg. Herberich (Soz.): Die Mehrheit will eben die Fahrkartensteuer, und Göttsche verlangen nicht mehr bei ihr. Mit der Besteuerung der Sonderfahrkarten wird man namentlich den billigen Ostseeverkehrtreffen und damit wieder zahlreichen Arbeitern ein Vergnügen rauben oder doch verteuern. Den ausgezeichneten Ausführungen des Grafen Kanitz gegen die Fahrkartensteuer kann ich mich nur anschließen. (Große Heiterkeit.) Ich bedaure nur, daß er nicht die Konsequenz daraus gezogen hat. (Beif. Weif, b. d. Soz.)

Abg. Gump (Vp.): Eventuell können wir ja im nächsten Jahre die Fahrkartensteuer herabsetzen und dafür die Verbrauchsteuer heraufsetzen. (Lachen links, Beifall rechts.)

Abg. Schrader (Freis. Vg.): Man muß sich fragen: Sind diese Reichstagsverhandlungen mehr traurig oder mehr komisch? Ein Redner nach dem andern tritt auf, bringt die schwersten Bedenken vor und erklärt dann schließlich, für die Steuer stimmen zu wollen. Eine

stärkerliche Steuererhöhung, eine Schädigung des Mittelstandes und eine Vertreibung der Sonntagsgäste der Arbeiter wird die Folge dieses Gesetzes sein. Und die Nationalliberalen nehmen in diesem Kampfe gegen Handel, Verkehr und Mittelstand die Führung. Die Wahlen werden den Herren hoffentlich die Duldung für ihr Verhalten geben. (Beif. Weifall links.)

Ministerialdirektor Kühn erklärt, man habe in Regierungskreisen nicht geglaubt, daß ein Bedenkens für Freilassung der Schülerkarten vorliege. (Stimm. Heiterkeit links.)

Abg. v. Bolla (Soz.): Die Mehrheitsparteien sind für Urlaube ja nicht mehr zugänglich und hören nicht einmal mehr auf ihre eigenen Zeitungen. Wir haben hier Dutzende von Kartes in allen Mehrheitsparteien, die die Fahrkartensteuer mißbilligen und doch für sie stimmen. An der Verkehrsfeindlichkeit dieser Maßregel zweifelt wohl niemand. Ich bedaure namentlich, daß auch der bayrische Verkehrsminister nach anfänglichem Widerstand umgefallen ist, ja, eine ganz besondere das um so mehr, als gerade Süddeutschland die Hauptache bei dieser Vorlage bezahlen wird. Ich bin überzeugt, daß der Drentzweg wieder durch die Schweiz statt durch Süddeutschland geleitet werden wird. (Zustimmung links.) Was puerer Liebe zu Deutschland werden die Ausländer den Stempel nicht bezahlen wollen. So verneigt das Reich die bayrischen Bemühungen, den österreichischen Verkehr auf seine Urtien herabzusetzen. Man gebraucht das schöne Wort „Reform“, man spricht von den Interessen der Einzelstaaten; in der Tat wird durch diese Reform gerade das Interesse der einzelstaatlichen Finanzen geschädigt. Der Abg. Weimer hat sich bemüht, das Deutscht in dieser Vorlage zu verbessern, das Deutscht ist aber nicht so schlecht wie das Gesetz selbst. (Gr. Heiterk.) Der nationalliberale Redner sprach von „Grundfragen“, die seine Partei verpflichten, für dies Gesetz zu stimmen. Es ist etwas sehr unvorsichtig, die Worte „nationalliberal“ und „Grundfragen“ in Zusammenhang zu bringen. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.) Die bayrischen Nationalliberalen sind übrigens gegen die Fahrkartensteuer; wer hat denn nun die richtigen nationalliberalen Grundfragen, die Reichstagsabgeordneten in Berlin oder die Landtagsabgeordneten in München? (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Ueberrigens stellte ja der Abg. Westermann die Tabaksteuer in erbauliche Aussicht. Das zeigt nämlich, daß wir nicht am Ende, sondern am Anfang der Steuer-macherei stehen. (Sehr wahr! links.) Wenn wir nur unser Parteinteresse im Auge haben wollten, dann würden wir für diese Steuer stimmen. Sie wird geradezu als Erziehungssteuer wirken. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Schon die Reizeitpunkt werden mit der Berechnung, die ihrem Stande eigen (große Heiterkeit), dafür sorgen, die Verklärung über diese Steuer in die weitesten Kreise zu tragen. Vielleicht überlegen sich die Herren der Mehrheitsparteien noch einmal, ob es sich für sie lohnt, für die Erträge der Fahrkartensteuer die Erbitterung des Volkes in den Kauf nehmen zu wollen. (Beif. aufgelauder Beifall links.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich protestiere dagegen, daß der Herr Vorredner einen abwesenden Minister (Zuruf links: Warum ist er denn nicht anwesend?) den bayrischen Verkehrsminister hier angegriffen hat. Der Vorredner hat erklärt, der Minister sei umgefallen. Ich weiß nicht, ob das der Fall ist. (Stimm. Heiterk. links.) Er hat nur Bedenken fallen lassen und das ist vielen von uns passiert! (Hört, hört! links.) Die Herren dort drüben sind eben jeder Verantwortung enthoben. (Stimmlicher Beifall rechts u. b. d. Natl., brausendes Gelächter links.) Wir aber, die verbündeten Regierungen, und die Mehrheitsparteien tragen vor dem Lande und ihrem Gewissen die Verantwortung dafür, die Reichsfinanzen wieder auf eine feste Basis und damit das Ansehen des Reiches wiederherzustellen. (Dröhnender Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Vg.) erklärt sich namentlich im süddeutschen Interesse gegen die Fahrkartensteuer. (Beifall links und bei der Wirtsch. Vg.)

Abg. Hauptmann (Deutsche Vp.): Herrn Westermanns Anspielung auf eine kommende Tabaksteuer war ja recht beruhigend für die Tabakinteressenten. Die Regierung und jede einzelne der Mehrheitsparteien wäscht ihre Hände in Unschuld. Keine will es getan haben. (Heiterk.) In der Tat ist der Regierung die Steuer von der Kommission aufgedrängt worden. Das Zentrum ist ja von Natur verkehrsfeindlich. Die Konservativen haben nur kapitalistische Bedenken, anders aber steht es mit den Nationalliberalen, die nicht das Vorrecht eines beschränkt agrarischen Horizonts haben und deren Wählerschaft gerade in Verkehrsfragen sehr empfindlich ist. Eben haben die württembergischen Landtagsliberalen die Erklärung der württembergischen Regierung bestätigt, daß sie dieser Vorlage von Anfang an ihren Widerstand entgegengestellt habe. (Hört, hört! links.) Die Minderheitsparteien haben die Pflicht,

wenigstens die Ungeheuerlichkeiten festzumangeln, wenn sie sie auch nicht verhindern können. Die Spannung zwischen zweiter und dritter Klasse wird hervordrückt und dadurch eine Menge Passagiere, die bisher die zweite Klasse benutzten, in die dritte gedrängt. Bedauerlich ist, daß Bayern sich nicht am Bundesratsitz hören läßt. Ist es gezähmt oder hat es sich durch Herrn v. Stengel einfangen lassen? (Sehr gut! links.) Herr Wisting hat sich auf die Mehrheit berufen. Die Reichstagsmehrheit vertritt aber nicht die Volksmehrheit. (Sehr richtig! links.) Die Mehrheit der Wähler denkt über die Finanzreform und besonders über die Fahrkartensteuer ganz anders wie die Mehrheit dieses Hauses. Das werden Sie erfahren, wenn Sie vor Ihre Wähler treten werden. Diese Steuer ist einfach eine Dummheit, die Sie vor dem Volke kompromittieren wird. (Stimm. Beifall links, große Unruhe und Lachen b. d. Natl.)

Bayrischer Bundesratsbevollmächtigter v. Burchard: Wenn die bayrische Regierung dieser Vorlage zustimmt, so tut sie das, weil sie damit höheren Zwecken zu dienen glaubt. (Beif. Weifall rechts.)

Abg. Wexler (Natl.) wüßt dem Abg. Hauptmann vor, daß er sich mal habe ansprechen wollen. (Heiterk. rechts, Unruhe links.) Wir lehnen die Fahrkartensteuer als unpopulär und ungerecht ab. Nur durch die Steuer auf das meist in jüdischen Händen befindliche Großkapital kann Deutschland gesunden. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Westermann (natl.) erklärt, daß er sich nur für seine Person für die Tabaksteuer erklärt habe.

Abg. Speth (Ztr.) erklärt, daß seine Partei für die Fahrkartensteuer als eine staatliche und politische Notwendigkeit stimme, da sich zurzeit die nötigen 35 Millionen nicht anderswo finden lassen.

Abg. v. Bolla (Soz.): Das führende rheinische Zentrumblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, hat erklärt, sie würde dem etwaigen Scheitern der unpopulären, unvernünftigen Fahrkartensteuer, ja der ganzen Reichsfinanzreform keine Träne nachweinen. (Hört, hört! links.) An der Tatsache, daß der offizielle Redner der Nationalliberalen sich für die Tabaksteuer erklärt hat, kann die letzte Verneuerung des Abg. Westermann nichts ändern. Ich glaube nicht, daß der bayrische Verkehrsminister den Schutz des preussischen nötig hat. (Heiterkeit.) Mein Vorwurf des „Unfalls“ traf nicht nur die bayrische, sondern alle Regierungen. Nur die württembergische Regierung macht eine Ausnahme. „Der biedere Schwabe sucht sich mit.“ (Heiterkeit.) Sie hat auch — leider vergeblich — versucht, den Unfall der bayrischen Regierung zu verhindern. (Beifall links.)

Bayrischer Bevollmächtigter Ritter v. Burchard: Auch andre Leute fallen um, ich erinnere an den Unfall der Sozialdemokraten bei der Tantiemensteuer. Ich bitte Sie, die Vorlage abzulehnen. (Stimm. Heiterkeit links.) Ich wollte sagen, anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Hauptmann (Deutsche Vp.): Der Reichstag immer schetnt bereits einzuführen, ehe es zum Schluß gekommen ist. (Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Nicht die Presse, sondern die Fraktion bestimmt die Zentrumspolitik.

Abg. v. Bolla (Soz.): Auf verstopfte Sinder macht eben nichts mehr Eindruck, nicht einmal die Artikel der eignen Presse. (Heiterkeit.) Es ist ein Fehler, daß die bayrische Regierung gegenüber der Reichsregierung immer den sanften Heinrich spielt. Für die Tantiemensteuer haben wir gestimmt, als wir sahen, daß eine in unserm Sinne gehaltene Erbschaftsteuer nicht zu erreichen war. (Beif. b. d. Soz.)

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag Eichhoff-Merten wird fast einstimmig angenommen. Der Antrag Weder wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Fahrkartensteuer in dieser so ungeduldeten Gestalt wird in einer auf Antrag Singer namentlich festfindenden Abstimmung mit 150 gegen 119 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Automobilsteuer und die Tantiemensteuer werden debattelos angenommen.

Es folgt die

Erbschaftsteuer.

Abg. Bernstein (Soz.): Wir bedauern die Ablehnung unseiner weitergehenden Anträge, werden aber trotzdem für die Erbschaftsteuer stimmen, weil wir darin eine Abschlagszahlung für die Einführung direkter Reichssteuern sehen. (Beifall b. d. Soz.)

Hiermit schließt die Debatte.

Der entscheidende § 12 der Erbschaftsteuer, der die Staffelformen enthält, wird mit 205 gegen 42 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Abg. Schrader (Freis. Vg.) teilt mit, daß er beziehentlich eine Mein-Stärke abgegeben habe.

John Stuart Mill.

1806 — 20. Mai — 1906.

II (Schluß).

In dem berühmten Buche: Ueber Freiheit, das 1859 erschien, führte er aus, der Wert eines Staates bestehe in dem Wert der einzelnen Individuen, die ihn bilden. Ein Staat, der seine Bürger zu Zwergen mache, damit sie in seinen Händen gefügige Werkzeuge selbst für gute Zwecke werden, und der die geistige Spannkraft und Arbeitslust einer guten Verwaltung nachstelle, werde finden, daß mit kleinen Menschen nichts wahrhaft Großes geleistet werden kann und daß die Vollkommenheit der Verwaltungsmaschinerie am Ende wenig nützt, wenn die vitale Kraft fehlt, welche jene treiben muß. Mill, immer von dem Drange erfüllt, sich großen Dingen zum Besten anderer hinzugeben, mußte sich im größten Gegenjah fühlen zu der mandesterlichen Welt um sich her, in der alles auf die Befriedigung des Egoismus gestellt war. Dieser Gegensatz befürchtete seine gesellschaftliche Kritik und seine soziale Ethik. Er drängt den bürgerlichen Mann so weit an die Grenze seiner Klasse, daß er anfängt, das kommunistische Ideal als rettende Möglichkeit zu empfinden. Er weiß und spricht es aus, daß das Interesse am Gemeinwohl gegenwärtig eine sehr schwache Triebfeder sei. Wenn aber ein durch den fäglichen Gang des Lebens der Gemeinjah wieder in Tätigkeit gerufen und durch das Verlangen nach Auszeichnung und die Furcht vor Schande angepörrt werde, so könne es auch möglich sein, alle wieder, und auch den gewöhnlichen Mann, zur heroischen Opferwilligkeit und eifrigen Anstrengung für das Gemeinwohl zu bringen; denn die eingestrichelte Selbstjah, die den Grundzug der jetzigen Gesellschaft bilde, habe nur deshalb so tiefe Wurzeln geschlagen, weil sie durch die ganze bestehende Einrichtung des bürgerlichen Lebens aufrechterhalten werde.

Und als Mittel, die breite Masse des Volkes von dieser Gleichgültigkeit gegen das Gemeinwohl zu heilen, begrüßt Mill „mit freudiger Teilnahme alle sozialistischen Experimente auserlesener Individuen“, zum Beispiel der Kooperativmente Gesellschaften, und empfiehlt er das Heranziehen zu öffentlichen Aemtern. Er mahnt, man solle dem einzelnen etwas für das

Publikum zu tun geben, solle ihn Gemeinderat, Geschwornen oder Wähler werden lassen, denn so würden seine Gedanken bis zu einem gewissen Grade seinem engen Kreise entrückt werden. Die reichen Klassen Englands sahen ganz wie anderswo auch in der geistigen Förderung der Volksmassen eine Gefahr für ihre Vorrechte: Unter nicht werde das Volk befähigen, sein Joch abzuschütteln; aber Mill wandte ein: ganz im Gegenteil werde Volksbildung ihren Interessen dienen, denn sie werde Zerstörern, wie denen, die zur Verlegung des Eigentums fähren, entgegenwirken.

Mill sah das gewaltige Problem, das sich in den heillosen Massen gestalrete; er schlug als Mittel der Löhnerjahung nachdrücklich die Bildung von Gewerks- und Arbeitervereinen vor, aber er mag dem Problem gegenüber doch wohl auch ein Gefühl der Ohnmacht, es zu bewältigen, gefannt haben. Man meint so etwas zu spüren, wenn man liest, wie er angesichts der wachsenden industriellen Reverbearme den arbeitenden Klassen einfach die größte Enthaltjahtheit in der Ehe empfiehlt, damit sie nicht mehr Kinder haben, als sie selbst ernähren und erziehen können und damit sie so ihre eigne Lage verbessern.

Wer Mills Selbstbiographie gelesen hat, weiß aber, wie dieser Denker es als bedeutames Ereignis seines Lebens betrachtete, daß sein Verständnis für die arbeitenden Klassen sich in aufsteigender Linie bewegte. Er betrachtete das geradezu als Entwicklungsmoment seines Lebens. Sein ökonomisches Hauptwerk Prinzipien der politischen Ökonomie, das von Ricardo anzog und seine Bedeutung im Betonen und Untersuchen der Veränderlichkeit der Bedingungen, von denen die Verteilung des Reichtums abhängt, haben sollte und auch hat, erfuhr im Verlaufe mehrfacher Neubearbeitung eine charakteristische Wandlung, von der Mill selber sagt:

„In der ersten (vor 1848 erschienenen) Auflage waren die Schwierigkeiten des Sozialismus so stark hervorgehoben, daß im ganzen der Ton eher oppositionell klang; in den zwei darauf folgenden Jahren hatte ich viele Zeit auf das Studium der besten sozialistischen Schriftsteller verwendet und alle die Kontroverje betreffenden Gegenstände einer reiflichen Erwägung und Erörterung unterzogen. Das Resultat war, daß das meiste, was ich über das einschlägige Thema in die erste Auflage aufgenommen,

lassiert und durch Gründe und Reflexionen ersetzt wurde, welche dem Fortschritt mehr entsprechen.“

So zeigt sich auch hier die Tendenz Millischen Schaffens, über das vor ihm Errungene hinauszugelangen zu neuen gesellschaftlich förderlichen Einsichten. Diese Tendenz spiegelt sich in schärfster Gelle in der dem bourgeoisen Glauben an die ewige Dauer der bourgeoisen Errungenschaften entgegenstehenden Ansicht Mills, daß alle bestehenden Einrichtungen und gesellschaftlichen Zustände als „bloß provisorisch“ zu betrachten seien.

Die Bewegung, die im Beginn der sechziger Jahre das politische Leben in Europa ergriff, schlug aus Mills politischen Schriften eifrig für sich Mänge. Auf dem Protestmeeting in Martins Hall (1863), das zur Vorgeschichte der Internationalen gehört, war auch Mills Gestalt sichtbar geworden. Die Sympathie der Arbeiter äußerte sich in dem Wunsche nach wohlfeilen Ausgaben der „Prinzipien der politischen Ökonomie“, der Bücher „Ueber Freiheit“ und von der „Repräsentativ-Regierung“. Mill ermöglichte mit persönlichen Opfern die Erfüllung dieses Wunsches. Wähler von Westminster gewannen Mill 1865 für die liberale Kandidatur zu den Unterhauswahlen; er wurde auch gewählt — und am Tage der Wahl trugen die Arbeiter Tafeln mit der Inschrift: „Heute hat zum erstenmal die Idee über den Geldjad gestreht!“ Er nahm seinen Platz bei den Gladstonianern, trieb aber nun so eigenwillige und entschiedene Politik, daß man ihn, den „Heiligen der Rationalismus“, wie Gladstone ihn nannte, später nicht wieder wählte. Tories und Liberale zusammen ließen ihn durchfallen. In dem Bericht, den Mill von dieser Periode seines Schaffens in seiner Biographie gibt, wird wieder mit besonderer Liebe davon gesprochen, wie er den Arbeitern gebiet; in seiner Rede über Gladstones Reformbill machte die Forderung des Wahlrechts für die arbeitenden Klassen die Hauptache aus.

Er wollte das allgemeine Stimmrecht; dem Eigentum ein Anrecht auf mehrere Stimmen zu geben, lehnte er ohne Klauseln ab, aber der besseren Erziehung, von der er nun einmal alle gesellschaftliche Gesundung erwartete, wollte er solch ein Anrecht zugestehen. Er merkte nicht, wie er den Keufel durch Beizehub auszuzeiben versuchte. Den korinthischen Gelüsten, einer blutigen Zusammenstoß mit den Arbeitern herbeizuführen, begegnete er

214. Königlich Preussische Klassenlotterie.

Table with lottery numbers and prizes, including columns for class numbers and prize amounts.

Table with lottery numbers and prizes, continuing the list from the previous table.

§ 14 (Erbchaften milderer Stiftungen) liegt ein Mehrheitsantrag...

Abg. Dr. Müller, Mehlungen (Freif. Vp.) ersucht ebenfalls um Ablehnung des Antrags...

Der Antrag Nummer wird gegen die Stimmen der Linken und des Nationalvereins...

Wanzengeßel.

Es liegt ein Antrag Abfing und der Mehrheitsparteien vor, die Fahrlorensteuer...

Abg. Graf Kanig (Konf.): Am Ende des großen Wertes muß ich darauf hinweisen...

Die Generaldiskussion ist erschöpft. Die einzelnen Paragraphen des Gesetzes...

Flottenvorlage.

Die Vorlage wird debattelos gegen die Stimmen der Sozialdemokraten...

Die Tagesordnung ist erledigt. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Handels- und Schiffsverkehrsvertrag...

Militär-Justiz.

* Ein merkwürdiger Freispruch. Ein Soldatenmishandlungsprozess beschäftigte kürzlich das Dresdner Kriegsgericht...

durch Auges Veraten, und ihm, der einmal gesagt, daß die konervative Partei...

Den Konservativen und Liberalen des Westminster-Berichts paßte dies Geraden...

Will sagt, daß diese Frau es gewesen sei, die ihm Sinn und Gefühl für all die großen Fragen...

Die Wirtin sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten.

Die Wirtin sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten.

Die Wirtin sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten.

Die Wirtin sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten.

Die Wirtin sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten.

Die Wirtin sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten.

Die Wirtin sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten. Sie sah die beiden Männer an, die sich in der Stube aufhielten.

Wird eines harmlosen Tieres, das der Jäger hinschlachtet, ein Blick voll Entsetzen und Vorwurf. Ein Zittern durchläuft seine Gestalt.

„Glender Feigling!“ heult der Krämer, der atemlos herbeigeeilt kommt, „da hast Du Deine Rechnung . . . Er gehört zur Clique, Herr Corporal . . .“

Catiffes beschwörende Blicke wandern von einem zum andern. Will man ihn töten? Und die Kleinen, die nur ihn auf der Welt haben . . .

„Stech auf!“ befiehlt der Corporal. Catiffe versucht sich zu erheben, sinkt zurück. Das Blut besleckt seinen Rock und seine Hufe.

„Geht nicht? Na, so bleib liegen!“

Der Lauf des Gewehrs hat sich auf seine Schläfe gesenkt. Der Schuß kracht. Was da liegt, ist nur noch ein Stück zerrissenes Menschenfleisch, das Gehirn klebt an der Mauer. Die Freiwilligen entfernen sich. Der Krämer kehrt in seinen Laden zurück.

Mittag ist's. Admirants und Clinchants Kolonnen haben auf der Höhe der Schießstände ihre Vereinigung vollzogen. Die Straßen sind mit Infanteristen angefüllt, die kurze Rast halten. Einige ziehen ein Stück Brot aus dem Tornister und löschen an einem Brunnen ihren Durst. Es ist verboten, den Wein zu trinken, den die Einwohner ihnen anbieten. Er ist vielleicht vergiftet. Andre treten aus einem Haus, in das ein Föderierter sich geflüchtet hat, und schleppen ihn unter Sieben und Stößen heraus. Längs des Gärtchens der Poncets steht wartend eine Kompanie, Gewehr bei Fuß. Bald wird man wieder hinuntersteigen, um den Tanz von neuem zu beginnen. Gleichgültige oder ununtere Reden werden gefaucht.

Frau Poncet hört zu, auf die Brüstung gelehnt. Die Zeit verrinnt, in entsetzlicher Angst zuckt ihr Herz. Was ist mit ihrem Mann geschehen, der seit gestern abwesend ist? Sie stellt ihn sich vor, mit der Liga verhaftet, vielleicht auf irgend einer Straße liegend gleich all den Unglücklichen, die blindlings, ohne Gnade und Erbarmen, niedergeschossen werden. Die Magd, die soeben zurückkehrte — sie war nicht weiter als bis zur Straßenecke gekommen — sah den im Hause gegenüber aufgefundenen Nationalgardisten unter einem Flintenschuß fallen. Plötzlich kommt Frau Poncet der Gedanke an Lilli. Das Kind sitzt im Speisezimmer, mit einem Bilderbuch beschäftigt. Wenn nur Catiffe wiederkam! Deutlich dringen die Stimmen der Soldaten an ihr Ohr:

„Das Bürgermeisteramt von Montmartre ist in unsern Händen . . . Müßlings lag er da, mit gekreuzten Armen . . . Sieh hin, die Fahne auf dem Turm Solferino!“

Ein Kommando, die Reihen ordnen sich, die Kompanie marschiert ab. „Adieu, Mutter! . . .“ Mit trübem Lächeln betrachtet Frau Poncet diese Männer, die ihre Pflicht rufen. Viele von ihnen sind noch jung, sehen nicht böse aus. Mehr als einer wird vielleicht vor Abend tot sein, viele werden in der Hitze des Kampfes töten und glauben, ein gutes

Werk damit zu tun. Sie denkt an das verwegene Gesicht des Kleinen, hartlosen Leutnants, an die ernste, nachdenkliche Miene des alten Hauptmanns. Ein Uhr vorüber. Und Catiffe kommt noch immer nicht.

Melanie hat dem Kind zu essen gegeben. Endlos schleicht in der Qual der Ungewißheit der Nachmittag hin. Andre Soldaten ziehen vorüber, man durchsucht die Häuser. Sogar das Laboratorium muß geöffnet werden, um zu beweisen, daß keine Chassepots darin versteckt gehalten werden . . . Auf dem Kies des Gartens werden trippelnde Schritte vernehmbar. Hinter der ältesten der Catiffes erschämen die drei andern, sich an der Hand haltend, blaß, verstört, alle einander so gleich in ihren schwarzen Schürzen, ihren dünnen Böpfchen. Atemlos erklärt Zezee, die älteste: sie warteten immerfort . . . In Vaters Amt sind die Soldaten eingedrungen . . . Man hat die Wohnung durchsucht, keiner da . . . Und nun sind sie hergekommen . . .“

Sie spricht mit aufgeregter Stimme, aber klar und deutlich, wie eine verständige kleine Person, die ein gutes Beispiel geben muß. Die drei jüngeren schluchzen, und Lilli, die sie erblickt hat, beginnt zu schreien:

„Papa! Wo ist Papa?“

Da alle Trostworte und Liebesungen erfolglos sind, vertraut Frau Poncet die Kinder der Magd an. Mit Zezee, die sich mit ihr auf die Suche begeben will und die sie denn auch mitzunehmen beschließt — eine Frau und ein Kind liefen wohl keine große Gefahr —, will sie auf die Mairie eilen, auf dem Wege, den Poncet und Catiffe gewöhnlich zu benutzen pflegen. Vielleicht, daß sie dort etwas erfährt.

Noch waren sie nicht zweihundert Schritte gegangen, von einem verdächtig aussehenden Manne gefolgt, als sie auf einen Leichnam stießen. Frau Poncet wick zur Seite, als Zezee einen Schrei ausstieß:

„Papa!“ schrie sie, „Papa!“

Und mit krampfhaftem Schluchzen warf sich das Kind auf die leblose Masse. Sie betastete die wohlbekannten Kleider und versuchte, in dem unkenntlichen Brei von Blut und Fleisch das geklebte Gesicht wiederzufinden.

„Laß nur, Liebling!“ stammelte Frau Poncet mit versagender Stimme . . . „Wir wollen jemand rufen, der ihn forträgt . . .“

Doch wie betäubt klammerte die Kleine sich an den Toten, angstvoll nach einem Funken von Lebenswärme in diesen kalten, starren Gliedern suchend . . . Sie begriff nichts, als daß das ihr Vater war, dieser schwere Körper, dieser zertrümmerte Schädel . . . Warum das? Warum? . . . Endlich ließ die Spannung der Herzen nach und sie begann, ihren Schmerz hinauszuhulen in so schrillen Tönen, daß die Nachbarn an der Schwelle der Häuser sich ansammelten. Frau Poncet, bis dahin wie gelähmt, brach in Ausruhe der Empörung aus und nahm die Anwesenden zu Zeugen dieses verruchten Mordes. Auf manche Gesichter trat ein Ausdruck von Mitleid. Da erschien der verdächtig aussehende Mann wieder, von aufgeregten Wintensoldaten gefolgt. Die Gesichter verfinsterten sich. Bevor sie noch ein Wort hinzufügen konnte,

hatte er sich an den Handgelenken gepackt. Ein Soldat stieß die Kleine fort: „Gänsebrut!“

„Zur dem Kinde kein Leid!“ flehte Frau Poncet mit bebender Stimme, aus der all die Empörung ihres mütterlichen, gütigen Herzens schrie.

„Wenn Du nicht still bist, wirst Du's büßen!“

Ein Stoß in die Seite verlieh der Drohung größeren Nachdruck. Die Zuschauer verhielten sich jetzt feindlich und lachten höhnisch.

Mit eiserner Willenskraft hatte Frau Poncet sich gefaßt und schritt gehoriam weiter, die Kleine an der Hand führend. Dieses Entsetzliche mußte ein Ende nehmen, mußte sich auflösen.

Für den Augenblick war nichts zu tun, als sich fügen und folgen. . . . Indessen blickte sie um sich. Unergründliche Bilder. In der Rue Lepic lag vor einer Barrikade ein Haufe von Leichen, darunter zur Mehrzahl Frauen.

Es war ein langer Dornenweg, von Schmäuhungen und Spottreden begleitet. Andre Gefangene waren dazugekommen. Jezee drückte verzweifelt, von Schluchzen geschüttelt, ihre Hand. Die Eskorte war verstärkt worden. Man gelangte zu einem ihr wohlbekannten Häuschen in der Rue des Roitiers.

Durch das grüne Haustor drängte sich die Menge. War es Zufall oder Berechnung, dieselben Räume, wo Lecointe und Clement Thomas die letzten Minuten ihres Lebens verbracht hatten, waren in ein Gerichtszimmer umgewandelt worden.

Während des kurzen Verhörs waren die Gefangenen in den durch das an den Generalen verübte Verbrechen geschändeten Garten getrieben worden. Ein zerstampfter Kafenplatz, eine Lindenallee, auf einer Seite ein Gitter, auf der andern die von Kugeln durchlöchernte Mauer, an dessen zerbrochenem Gitterwerk die grünen Pflanzbäume sich rankten.

Wie vor einem Altar mußten Frau Poncet und Jezee mit den andern niederknien und lange mit gesenkter Stirn und wunden Knien so bleiben als Sühne für die beleidigten Manen. Jedes Aufstehen wurde mit einem Kolbenhieb bestraft. In ironischer Pracht sandte die Sonne ihre glühenden Strahlen herab. Eine Stimme befahl: „Aufstehen!“ Eine andre Herde wurde zu dem Sühnopfer getrieben.

Frau Poncet, die der Gerichtsbeamte, ein Hauptmann der Chasseurs, nicht hatte zu Worte kommen lassen, fühlte sich dem Wahnsinn nahe, von einem Wirbelschmerz des Unglücks erfaßt und jork. rissen. Gebärden, Begehren, Bestürzungen hätten ihr Los nur noch verschlimmert. Sie konnten noch von Glück sagen, daß sie und Jezee, als die Gruppe in zwei Teile getrennt wurde, nicht zu jenen gehörten, die zum Tode geführt worden, wenige Schritte von da entfernt auf der andern Seite des Abhangs, wo sich während der Belagerung eine die Straße nach Saint-Denis beherrschende Batterie befand.

In verzweifelte Gedanken versunken, das halb ohnmächtige Kind mit sich ziehend, folgte sie mit starrer Ruhe ihren Leidensgefährten. Es war Abend geworden, als man bei den Wällen anlangte. Man pferchte

dem offenen Fenster gebeugt: „Sie kommen!“ Das donnernde Getöse aus dem er inmitten des Krachens der Detonationen, des Zischens der Kugeln jammervolles Wehgeschrei zu vernahmen glaubte, erfüllte ihn mit jähem Entsetzen.

Die Kinder! Doch gewiß, ihnen geschah nichts, er hatte niemals etwas Unrechtes begangen; und in der städtischen Kommission hatte er in seiner bescheidenen Weise stets möglichst viel Gutes zu tun getrachtet.

Niemals seit dem Ausfall bei Buzenval hatte er ein Gewehr in der Hand gehabt, sein Gewissen hatte ihm nichts vorzuwerfen. Was hatte er anders getan, als ehrlich, als ehrlicher Mann, für sich und die Kleinen das Brot zu verdienen? Kein Richter, kein Mensch hätte daran etwas aussetzen können. Ja, er empfand sogar eine gewisse Befriedigung bei dem Gedanken, diesen Zustand der Unordnung enden zu sehen. Mit Freunden würde er die Uniform der Linienjoldaten, die Fahne wieder begrüßen. . . . Eine stärkere Detonation ließ ihn entsetzt zusammenfahren. Das kam von jenseits der Butte. . . . Er dachte an die kleinen Mädchen, es litt ihn nicht länger, und ohne sich Zeit zu nehmen, die Ärmel abzustreifen und das schwarze Käppchen abzulegen, rannte er davon.

Zur Linken, gegen die Rue Lepic und die Rue Tholozee zu, knatterten die Chassepots so heftig, daß er sich angstvoll nach rechts wandte. Ihn trieb nur ein Instinkt: sein Heim erreichen. Er rannte, so schnell er konnte, stieß sich atemlos an den Ecken. Man schrie ihm zu: „Nicht hierher! Die Verjailler sind da!“ Er hörte nicht, sprang auf dem Trottoir über die Leiche einer alten Frau, die eine verirrt Kugel niedergestreckt hatte, während der Inhalt ihres Korbes in die Blutlache rollte. Er sah sie kaum; er war jetzt auf dem rechten Wege. Dort ist die Krämerei seines Feindes. Ihn ist, als ob der Mann höhnisch lächelte. . . .

Gätte Catiffe den Kopf gewandt, dann hätte er sehen müssen, daß eine Gruppe von vier Freiwilligen der Seine, die Mauern entlang schleichend, in der Straße auftauchte. Den Finger am Hahn, die Waffe zum Schulkern bereit, sprangen sie von einem Haustor zum andern, verlickten sich und sprangen weiter. Der Krämer grüßte sie und deutete auf Catiffe: „Dieser fliehende Bandit dort. . .“

Sofort schrien harte Stimmen: „Se, Mann! Stillstehen!“

Catiffe läuft weiter. . . . Ein Schuß, und wie ein getroffenes Bild macht er noch einige Schritte, taumelt plötzlich, von heftigem Schmerz in der Seite übermannt. . . .

Die Freiwilligen holen ihn ein. Gäßberzernte Gesichter neigen sich über den Verwundeten.

„Warum bist Du geflohen? Wer bist Du?“

Catiffe sammelt unartikulierte Laute: „Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der

„Meine Kinder. . . Die Mairie. . .“ Und seine Augen vergrößern sich in Todesangst. Der